

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en



Wir brauchen menschliche Bollwerke für unsere Demokratie

Unser EU-Abgeordneter Günther Sidl ist seit 2005 Mitglied des Bundesvorstandes der sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen. Die SPÖ hat ihn für die EU-Wahl am 9. Juni 2024 zum zweiten Mal auf dem dritten Platz der Bundesliste nominiert. Er fordert eine offensive Verteidigung europäischer Werte und unserer Demokratien. Von der Europäischen Union braucht es mehr Glaubwürdigkeit und eine spürbare Politik.

Günther, du warst einer der Hauptredner am 10. Februar in Wöllersdorf. Wie aktuell ist dieses Gedenken heute noch aus deiner Sicht?

Das ehemalige Anhaltelager in Wöllersdorf ist ein Symbol für Repression, Unterdrückung, Ausschaltung der Demokratie und Diktatur. Der Austrofaschismus war kein Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus - er war schlicht und einfach die Vorstufe davon. Wer die Demokratie aushöhlt oder sie gar für seine Zwecke aussetzt, der kann warten, bis er selbst Opfer wird. Von noch radikaleren Kräften, von noch menschenverachtenderen Bewegungen und von noch größeren Demokratiefeinden. Das galt damals und gilt noch heute.

Was bedeutet für dich der Rechtsruck für Europa?

Bei jedem rechten Wahlerfolg – egal ob bei Orbán, Meloni, Le Pen oder Kickl – heißt der große Verlierer immer Europa. Denn die Rechten haben kein Interesse an einer gut funktionierenden EU. Ihnen geht es nur darum zu zerstören und weiter Ängste zu schüren. Davon leben sie und genau das müssen wir gemeinsam verhindern. Die Alternative zur EU sind 27 einzelne Nationalstaaten. Ein Geschenk für Russland, die USA oder China die jeden Staat gegen den anderen ausspielen könnten. Unser Ansatz ist es, die EU zu verbessern und positiv zu verändern.

Was kann die EU den rechten Parteien entgegenstellen?

Das, was uns verbindet - europäische Werte. Freiheiten die bei uns selbstverständlich sind. Meinungsfreiheit, die Freiheit der Wissenschaft, der Medien, von Kunst und Kultur oder die Stellung der Frau in unserer Ge-

sellschaft. Aber auch starke demokratische Systeme, die diese Freiheiten tragen und sie ermöglichen. Wir brauchen menschliche Bollwerke für unsere Demokratie. Dazu braucht es aber eine glaubwürdige und handlungsstarke EU, die konsequent gegen Mitgliedsstaaten vorgeht, die diese Werte aushöhlen.

Was ist aktuell die Aufgabe der europäischen Sozialdemokratie?

Wir müssen den Ängsten ein positives Zukunftsbild entgegenstellen. Klimawandel, technologische Fortschritte, Zuwanderung, künstliche Intelligenz, Energieversorgung der Zukunft, die Angst vor dem sozialen Abstieg, der Krieg in der Ukraine - all das beschäftigt die Bürgerinnen und Bürger. Daher müssen die Menschen spüren, was die EU hier für sie konkret macht und warum es gut ist, dass es die EU gibt.

Und was sagst du zur Art, wie gerade in der Politik miteinander umgegangen wird?

Wir müssen den Stil in der Politik ändern. Demokratie lebt vom Dialog, vom Handschlag und vom Kompromiss - das ist leider verloren gegangen. Es braucht wieder eine tragfähige, tiefgehende, positiv zukunftsorientierte, pro-europäische, ehrlich gemeinte und über den Wahltag hinausblickende Politik in Europa. Mir geht es um konkrete Verbesserungen, die das Leben der Menschen besser machen. Das kann man am 9. Juni ganz konkret wählen. Eine persönliche Unterstützung mit einer Vorzugsstimme macht mich dabei noch stärker.



Samuel Purtinger



◀ Das Hauptgedenken in Oberösterreich fand am 11. Februar in Linz statt. Am 12. Februar war Gen. Andreas Babler beim traditionellen Gedenken an die Opfer des 12. Februar 1934 sowie an die Opfer des Austrofascismus im Stadtteil Ennsleite der Stadt Steyr zu Gast. Besonders beeindruckte unseren Parteivorsitzenden, dass zwei Nachfahren von im Februar 1934 gefallenen Steyrern anwesend waren: Josef Heindler (90), er ist der Sohn des zu Unrecht hingerichteten Josef Ahrer, und Franz Weiss (103), Steyrer Bürgermeister in Ruhe. Im Bild unsere öö. FreiheitskämpferInnen.

Mehr als 250 Genossinnen und Genossen gedachten am 10. Februar auf Einladung unseres niederösterreichischen Landesverbandes beim Mahnmal Wöllersdorf der Februarkämpfe vor 90 Jahren und der Errichtung des Mahnmals vor 50 Jahren. V. l. n. r. Anton Heinzl, NRin Petra Tanzler, Gerlinde Sauerchnig, LR Sven Hergovich, MEP Günther Sidl, Gerald Netzl und Harald Ludwig ▶



Werner Jäger

Dorothy Kießinger



◀ Mit einer Lesung, Musik und Diskussion begingen die FreiheitskämpferInnen Burgenland am 23. Februar das Gedenken an 90 Jahre Februarkämpfe in der Bauermühle in Mattersburg. Am Foto v. l. n. r.: Dieter Posch, das Duo Maigl & Steinrück, Landesvorsitzende Gabi Tremmel-Yakali, Werner Anzenberger und AK Burgenland Direktor Thomas Lehner.

V. l. n. r. Peter Kaiser, Claudia Arpa, Martin Gressl, Heinz Pichler und Werner Pikalo bei der Gedenkfeier am 11. Februar am Friedhof Annabichl beim Mahnmal. ▶



SJO Kämmen



SPÖ Krems



Im Rahmen der traditionellen 12. Februar-Gedenkundgebung enthüllten Hannes Weninger, Silvia Drechsler und David Loretto (v. l.) am Mahnmal am Mödlinger Stadtfriedhof eine neue Infotafel mit QR-Code zu den Ereignissen und Opfern im Kampf für die Demokratie und gegen den Faschismus. ▶



Cornelia Rausch

◀ In einer würdigen abendlichen Feier gedenkten SPÖ-Stadtorganisation Krems, die Bezirkspartei sowie unser Bund des 1934 vom austrofaschistischen System hingerichteten steirischen Arbeiterfunktionärs und Nationalrates Koloman Wallisch.

Aschenbrenner



▲ Gedenken im Heimatmuseum Strasshof im Bezirk Gänserndorf am 11. Februar 2024 mit NRin Katharina Kucharowits.

Unser Salzburger Landesvorsitzender Matteo Gebhart beim Hauptbahnhof Lokremise II, vor ÖGK Landesstelle Salzburg. Dort fand das Februargedenken mit Ansprache und Kranzniederlegung statt, danach ein antifaschistischer/historischer Stadtspaziergang. ▶



Sophie Farmer

SPÖ Steiermark



Uraufführung des Theaterstückes „Dollfuß. Die Auferstehung“ nach Peter Veran und Sofia Grabuschnig am 8. Februar 2024 in Leoben. V. l. n. r. Landesvorsitzender und Autor Werner Anzenberger/Peter Veran, Kulturreferent Johannes Gsaxner, Hauptdarsteller Stefan Ofner (†), Schauspielerin Anna Russegger, Regisseurin Sofia Grabuschnig und Schauspieler Robert Grießer.

Musser



Bei einer Gedenkfeier in Wörgl wurde das Denkmal am Bahnhof um zwei Infotafeln erweitert. V. l. der stv. Landesvorsitzende unseres Bundes Wolf Grünzweig und LAbg. Christian Kovacevic.

Arijana Segalo



Die Kranzniederlegung im Reumannhof in Margareten, v. l. n. r. BV Silvia Jankovic, Martin Böhm, Phillip Ebenbichler, Elke Hanel-Torsch und Stephan Auer-Stöger.



„Es lebe die Sozialdemokratie! Hoch! Freiheit!“

Montag, am 12. Februar 2024, gelang der Wiener Bildung und unserem Bund eine eindrucksvolle Kundgebung für Freiheit und Demokratie. Hunderte Genoss:innen kamen in den Goethehof in die Donaustadt und gedachten der Opfer der Februarkämpfe 1934 vor neunzig Jahren. Darunter Vizepräsidentin des Europäischen Parlament Evelyn Regner, zweite Präsidentin des Nationalrats Doris Bures, Vizepräsidentin des ÖGB Korinna Schumann, Bundespräsident a.D. Heinz Fischer und Bürgermeister a.D. Michael Häupl. Bildungssekretärin Gin. Martina Canori-Buchhart moderierte. Vorsitzender der Wiener Bildung Ernst Woller begrüßte und lobte die Präsenz der Mandatar:innen als Zeichen der Wertschätzung. „Im Goethehof war der Geist des Widerstandes“ so Bezirksparteivorsitzender Josef Taucher. 200 Schutzbündler waren hier. Frauen und Kinder halfen mit. Artillerie und ein Fliegerangriff zwangen zur Kapitulation. Ribab Toumi, Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Wiens, über die Bedeutung der Widerstandskämpfer:innen für die Jugend: „Gedenken heißt für uns auch immer Widerstand“ und „Erinnern muss auch immer Kämpfen heißen!“ Bundesvorsitzender Gerald Netzl bedankte sich bei Bürgermeister Michael Ludwig für die Umwidmung des Grabes des Schutzbundkämpfers Emil Swoboda in ein Ehrengrab und regte an eine Verkehrsfläche in Wien

Koloman Wallisch zu widmen. AK-Präsidentin Renate Anderl erinnerte, dass die Gewerkschaften Vorkämpfer der Demokratie waren. Sie ergänzte: „Arbeiterkammer, Gewerkschaft und die Sozialdemokratie waren die Einzigen, die immer auf der Seite der Arbeitnehmer:innen gestanden sind“. Bundesparteivorsitzender Andreas Babler würdigte die Opfer des Widerstandes gegen den Austrofaschismus. Er verurteilte den Rechtsextremismus und schloss mit den letzten Worten Koloman Wallisch: „Es lebe die Sozialdemokratie! Hoch! Freiheit!“ Bürgermeister und Wiener Parteivorsitzende Michael Ludwig konterte medialer Diffamierung von historischen Tatsachen mit „Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar“ und: „Die Sozialdemokratie war gegen die Monarchie, die Räterepublik und gegen den Faschismus!“ Für die Wahlen 2024, die AK-, EU- und Nationalratswahlen versichert er allen Kandidat:innen die volle Unterstützung der SPÖ Wien. Er bedankte sich bei Morgenrot für die musikalische Begleitung, den Besucher:innen und endete in Sorge um den starken Rechtsruck mit einem herzlichen „Freundschaft! Glück Auf! Freiheit!“

Dominik Lang ■



Markus Sbrawa

V. l. n. r. Joe Taucher, Ernst Woller, Renate Anderl, Michael Ludwig, Gerald Netzl und Andreas Babler singen das „Lied der Arbeit“

SPÖ Favoriten



◀ Die Favoritner Genossinnen und Genossen trafen sich beim Mahnmal am Reumannplatz. V. l. n. r. Katrin Gaál, Herta Slabina, Volkmar Harwanegg und Helmut Braun.



Ewa Samel

▲ Simmeringer GenossInnen bei der Gedenktafel für Franz Mayer und Johann Zabinsky am Dr.-Franz-Klein-Hof, an der Ecke Grillgasse / Am Kanal.



Bakri Halilak

◀ Traditionelles Gedenken unserer HietzingerInnen beim Karl Münchreiter-Denkmal: Gerhard Schmid, Alfred Kohlbacher, Marcel Höckner und Lukas Kubanek gemeinsam mit der Sozialistischen Jugend Hietzing.



Thomas Peschat

Auch 2024 sehr gut besucht war das Februargedenken beim Mahnmal am Meidlinger Friedhof. ▶

Gerhard Antes



▲ Die Ottakringer Genossinnen und Genossen trafen sich bei der Gedenktafel für das bei den Februarkämpfen zerstörte Arbeiterheim in der Kreitnergasse, unter ihnen die neue Bezirksvorsteherin Gin. Stefanie Lamp.



▲ Floridsdorf gedachte am Schlinglermarkt mit einer Ansprache von BV Georg Pappai, bei der Feuerwache in der Weisselgasse und endete beim Weissel-Denkmal (Foto).

Gerhard Spitzer

Robert Kratzer



▲ Unsere Bezirksgruppe Döbling/Währing traf sich bei der Gedenktafel am Karl Marx-Hof, unter den Genossinnen und Genossen waren die Bezirksparteivorsitzenden Michael Trinko (18.) und Barbara Novak (19.) sowie BV-Stv. Thomas Mader.

Die Liesinger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gedachten bei der Gedenktafel an der Wohnbaugenossenschaft „Wien-Süd“ in der Elisenstraße der Februarkämpfer, die Rede hielt BV Gerald Bischof. ▼



SPÖ Liesing

Anna Cséri



◀ Das Februargedenken der Brigittenauer Genossinnen und Genossen findet traditionell im Gerlhof in der Stromstraße statt. Josef Gerl wurde am 24. Juli 1934 von den Austrofaschisten gehenkt.



Aktive Gedenkarbeit: Erinnerung an die jüdische Flucht von 1947

Die Jahreszahl 1947 löst im Zusammenhang mit jüdischer Flucht aus Österreich stets Erstaunen aus - war zu diesem Zeitpunkt nicht die nationalsozialistische Herrschaft bereits seit zwei Jahren überwunden? Eine historische Spurensuche von Robert Obermair.

Auch wenn das nationalsozialistische „Deutsche Reich“ Dank der alliierten Intervention 1945 zerschlagen worden war, waren damit nicht von einem Tag auf den anderen Kernelemente der NS-Ideologie verschwunden. So waren in weiten Teilen Europas antisemitische Einstellungen nach wie vor dermaßen verbreitet, dass viele Jüdinnen und Juden ihre Zukunft außerhalb des Kontinents sahen. Gerade in osteuropäischen Gebieten fühlten sich viele jüdische Überlebende des NS-Terrors auch nach der Befreiung nicht sicher. Etwa eine Viertelmillion Menschen dieser Region verließen in den ersten drei Jahren nach 1945 ihre Heimatländer in Richtung der westlichen Besatzungszonen Deutschlands und Österreichs.

Viele von ihnen gelangten auf diese Weise nach Österreich und hier insbesondere nach Salzburg, das eine zentrale Drehscheibe für die jüdische Flucht bildete. So befanden sich nicht nur in der Stadt Salzburg mehrere Lager für jüdische Displaced Persons (DPs), sondern auch in anderen Teilen des Bundeslands. Zunächst konnten viele der Ausreisewilligen von Salzburg aus über Tirol zu den italienischen Häfen gelangen, doch diese Route wurde bald weitgehend unpassierbar, da die britische Kolonialmacht eine weitere Einreise jüdischer Menschen nach Palästina verhindern wollte.

Als Alternative wurde im Jahr 1947 durch die jüdische Fluchthilfeorganisation „Bricha“ (= hebr. „Flucht“) eine neue Fluchtroute über den wenige Kilometer langen Grenzstreifen im Hochgebirge zwischen Salzburg und Italien erschlossen. Da im Folgejahr der Staat Israel gegründet und damit eine legale Einreise in die Region immer einfacher wurde, verlor die Route über den Krimmler Tauern bald wieder an Bedeutung. Nichtsdestoweniger hatten tausende Jüdinnen und Juden so einen Weg in eine neue Zukunft gefunden und waren der antisemitischen Nachkriegsgesellschaft Europas entkommen.

Die Erinnerung an diese Fluchtbewegung verblasste binnen kürzester Zeit. Erst in den 1990ern begannen erste Bestrebungen, dieses historische Ereignis wieder ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Seit 2007 wird durch die Initiative „Alpine Peace Crossing“ jährlich mit einem Dialogforum und einer Gedenkwanderung entlang der historischen Fluchtroute an die Flucht von 1947 erinnert. Über die Jahre hat der Verein enge Kontakte zu ZeitzeugInnen und deren NachfahrInnen aufgebaut und auf diese Weise etwa gegenseitige Besuche in Israel und Österreich organisiert. Auch LehrerInnen und SchülerInnen ebenso wie Asylwerbende wurden und werden immer wieder in Gedenkprojekte und -veranstaltungen eingebunden. Schrittweise gelang es dabei auch, sowohl die Lokalpolitik und den Nationalpark Hohe Tauern als auch das österreichische Bundesheer, das heute eine Kaserne am Gelände eines ehemaligen DP-Lagers in Saalfelden unterhält, in die Gedenkprojekte miteinzubinden. 2024 werden die Gedenkveranstaltungen am 29. und 30. Juni stattfinden, die Anmeldung ist über die Vereinshomepage möglich.

Auch darüber hinaus ist der hinter dieser Initiative stehende Verein für aktive Gedenk- und Erinnerungskultur darum bemüht, eine regionale Auseinandersetzung mit der Zeitgeschichte und insbesondere der Zeit des Nationalsozialismus und dessen (Nicht-)Aufarbeitung zu initiieren. So erscheint etwa seit 2020 die vereinseigene Zeitschrift „Alpendistel. Magazin für antifaschistische Gedenkkultur“. Mit verschiedenen Schwerpunkt-



APC/Sammlung Dov Protter

Eine Gruppe jüdischer Flüchtender vor dem Krimmler Tauernhaus.

setzungen wird dabei versucht, zeitgeschichtliche Themen für ein breites Publikum aufzubereiten. 2024 liegt der Schwerpunkt auf dem Thema „Versäumtes Erinnern. Österreich und der Austrofaschismus“. Die Zeitschrift kann gegen eine Portogebühr ebenfalls über die Website des Vereins bestellt werden.

Daneben engagieren sich die AktivistInnen des Vereins für dauerhafte Erinnerungszeichen an die Flucht von 1947. So konnten bislang acht übermannshohe Gedenkpyramiden entlang der Fluchtroute errichtet und auch vor der Kaserne in Saalfelden ein Gedenkort etabliert werden. Damit wird nun - über 75 Jahre nach der Flucht - eine kontinuierliche und aktive Erinnerungsarbeit rund um das Thema realisiert, die den Geflüchteten von 1947 und ihren Angehörigen eine lokalisierbare Erinnerung ermöglicht und die historischen Geschehnisse für Interessierte aus der ganzen Welt niederschwellig zugänglich macht.

Web-Tipp: www.alpinepeacecrossing.org

Das Massaker von Gardelegen 1945

Brigitte Drizhal



Die Gedenkmauer, aus den baulichen Überresten der Feldscheune errichtet

In Sachsen-Anhalt, nördlich von Magdeburg, befindet sich die Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen. Sie erinnert an die Ermordung von mehr als 1.016 KZ-Häftlingen bei einem Massaker und bei Todesmärschen um Gardelegen in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs. „Viele Häftlinge brannten, die Kleider fingen Feuer. Sie schrien schrecklich. Die Luft wurde immer dünner, alles war voller Qualm.“ (Stanislaw Majewicz, Überlebender aus Polen)

Anfang April 1945 räumte die SS das Konzentrationslager Hannover-Stöcken und mehrere Außenlager des Konzentrationslagers Mittelbau-Dora im Harz vor den heranrückenden US-amerikanischen Truppen. Bahntransporte brachten von dort Tausende Häftlinge aus den Konzentrationslagern in die Altmark. Ihr Ziel waren jene Lager, die noch unter Kontrolle der SS waren. Doch Luftangriffe zerstörten die Gleise. So auch einige Kilometer vor Gardelegen, in Mieste und Letzlingen. Die Wachmannschaften räumten die Waggons. Sie zwangen die Häftlinge die restlichen Kilometer bis nach Gardelegen zu Fuß zurückzulegen. Unterwegs ermordeten sie diejenigen, die nicht mehr Schritt halten konnten. An Hetzjagden auf Entflohenen beteiligten sich auch Jugendliche. In Gardelegen trieben sie die KZ-Häftlinge sichtbar für alle durch die Stadt zu einer alten Militärkaserne. Von dort aus zwangen sie sie am Abend des 13. April 1945 auf einen Fußmarsch zur Isenschnibber Feldscheune am Stadtrand. Unter Beteiligung von Angehörigen der Wehrmacht, des Reichsarbeitsdienstes, des Volkssturms und weiterer Organisationen trieben sie die Häftlinge in die

Scheune, verriegelten von außen die Tore und setzten den Innenraum des Gebäudes in Brand. Dafür übergossen sie schon zuvor das Stroh mit Benzin. Häftlinge, die versuchten, aus der brennenden Scheune zu fliehen, wurden erschossen. Nur wenige entkamen diesem gezielt geplanten Massenmord. Am folgenden Tag entdeckten die amerikanischen Soldaten den Tatort. Der Brand schwelte noch. Was sie sahen, machte viele fassungslos. Sie verhinderten jedoch den Versuch der beteiligten Tätergruppen, der städtischen Feuerwehr und des Technischen Notdienstes, die Spuren des Massen-

mordes zu beseitigen. Umgehend begannen die Amerikaner mit der Dokumentation und leiteten erste Ermittlungen ein. Auch ordneten sie sofort eine Exhumierung durch die Bevölkerung der Stadt an. Unweit der Scheune ließ der amerikanische Oberbefehlshaber einen Friedhof mit Einzelgräbern und weißen Holzkreuzen für die Opfer anlegen. Nur 305 der 1.016 Opfer des Massakers konnten identifiziert werden. Die Bevölkerung der Stadt verpflichteten sie, die Gräber und das Andenken an die Ermordeten zu pflegen - ein Leben lang. Auf Schändungen der Ruhestätte drohte die alliierte Militärverwaltung Strafen an. Anfang der 1950er Jahre entstand am historischen Tatort eine städtische Mahn- und Gedenkstätte. Seit 2015 gehört die Gedenkstätte zur Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. Heute ist sie ein international wahrgenommener Lern- und Gedenkort mit einer Dauerausstellung. Das Außengelände ist tagsüber frei zugänglich. Die Öffnungszeiten der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen findet man auf www.erinnern.org bzw.

<https://gedenkstaette-gardelegen.sachsen-anhalt.de/>

Brigitte Drizhal (Verein Rote Spuren) ■

60 Jahre DÖW

Vor 60 Jahren wurde das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes von ehemaligen WiderstandskämpferInnen und Verfolgten des NS-Regimes sowie engagierten WissenschaftlerInnen gegründet - wir gratulieren herzlich zum runden Geburtstag! 1983 wurde die Stiftung DÖW errichtet, die seither von der Republik Österreich und der Stadt Wien zu gleichen Teilen grundfinanziert wird. Ende 2023 haben Stadt Wien und Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung beschlossen, die jährlichen Zuwendungen auf je € 855.000,- aufzustocken. Damit sind die wesentlichen Tätigkeiten des DÖW auch weiterhin gesichert: Archiv-, Bibliotheks- und Museumsbetrieb, Forschungsmanagement und Vermittlungsaufgaben.

Die finanzielle Aufstockung federt die außerordentlichen Infla-

tionskosten ab und ermöglicht die Vorbereitung auf den Umzug des Instituts auf das Otto-Wagner-Areal (Klinik Penzing), der in den nächsten Jahren geplant ist. Etliche Bereiche können damit ausgebaut werden, insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit und die Forschung zu Antisemitismus und Rechtsextremismus.

Festakt und Symposium zum Jubiläum

Am 10. Jänner feierte das DÖW mit einem Festakt im Wiener Rathaus das 60-Jahr-Jubiläum mit Festreden von Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Wissenschaftsminister Martin Polaschek und Bürgermeister Michael Ludwig. Festrednerin war Margit Reiter, Professorin für europäische Zeitgeschichte. Anschließend organisierte das DÖW ein wissenschaftliches Symposium. Unter dem Titel „Widerstände. Impulse für die Widerstandsforschung“ diskutierten



Daniel Shaked

internationale ExpertInnen im Stadtkino im Künstlerhaus über die individuelle Entscheidung zum Widerstand, den parteipolitisch organisierten Kampf, über Deserteure und queere Formen der GegnerInnenenschaft, über den Widerstand in den Lagern, Ghettos und im Exil, über Handlungsmacht und Handlungsspielräume, über die Quellen und die Aufgaben der Vermittlung.

Gerald Netzl ■

V. l. n. r. Martin Polaschek, Doris Schmidauer, Alexander Van der Bellen, Michael Ludwig, Andreas Kranebitter, Veronica Kaup-Hasler, Michael Häupl, Markus Figl und Margit Reiter



Verbotsgesetz auf die Höhe der Zeit gebracht!

Ein Unteroffizier des Österreichischen Bundesheeres bastelt sich eine SS-Uniform, die er trug, zeigte mehrmals in der Öffentlichkeit den Hitlergruß, sammelte NS-Devotionalien und hat Knallkörper des Bundesheeres mit nach Hause genommen. Er wurde wegen NS-Wiederbetätigung verurteilt, jedoch aufgrund des Strafausmaßes nicht entlassen sondern weiter im Bundesheer beschäftigt. Ein Fall der im Herbst 2022 zu Recht für Empörung gesorgt hat. Wir haben ganz klar gefordert, dass es hier keinen Handlungsspielraum geben darf und eine Verurteilung wegen Wiederbetätigung zum Amtsverlust führen muss, gerade beim Bundesheer.

Fälle wie dieser haben gezeigt, dass das Verbotsgesetz, das die NSDAP und jede Form nationalsozialistischer Wiederbetätigung verfassungsrechtlich verbietet, dringend den aktuellen Anforderungen angepasst werden muss. Am 8. Mai 1945 trat das „Verfassungsgesetz über das Verbot der NSDAP“ in Kraft und wurde 1947 novelliert. Die letzte Novellierung ist bereits 1992, also vor mehr als 30 Jahren erfolgt.

In der Dezember-Sitzung des Nationalrates wurde nun das Verbotsgesetz geändert und auf die Höhe der Zeit gebracht. Der Gesetzesvorschlag ist das Ergebnis einer Arbeitsgruppe im Justizministerium unter Einbindung unterschiedlicher AkteurInnen und ExpertInnen - etwa dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, dem Mauthausen Komitee Österreich oder der IKG, die sich intensiv damit auseinandergesetzt hat, aber auch den vielen eingebrachten Stellungnahmen in der Begutachtungsfrist, die noch wesentliche Verbesserungen zum Ministerialentwurf bewirkt haben. Ein großes Danke an alle, die sich hier so intensiv eingebracht haben.

Fälle, wie der jenes Bundesheer-Angehörigen in SS-Uniform sind künftig nicht mehr möglich. Wer nach dem Verbotsgesetz verurteilt worden ist, hat im öffentlichen Dienst nichts verloren. Deshalb kommt es hier künftig jedenfalls zum Amtsverlust für Beamtinnen und Beamte. Holocaust-Leugnung ist künftig strafbar, wenn diese vor zehn oder mehr Personen getätigt wird und nicht erst vor mindestens 30, wie das aktuell der Fall ist. Wobei für uns klar ist, Holocaust-Leugnung hat auch am Stammtisch keinen Platz und deshalb hätten wir hier die Formulierung im Gesetz präferiert, die eine Strafbarkeit bei noch weniger Personen angesetzt hätte.

Künftig können auch Delikte nach dem Verbotsgesetz im Ausland verfolgt werden, wenn der/die TäterIn ÖsterreicherIn ist und die Tat vielen Menschen zugänglich ist. Der Fall eines österreichischen Rechtsextremisten, der in Tehe-



Parlamentsdirektion/Topf

Gin. Sabine Schatz im Plenum des Nationalrates

ran den Holocaust geleugnet hat, ist also künftig klar strafbar.

Die Ausweitung der Diversion im Verbotsgesetz auf Erwachsene haben wir von Beginn an sehr kritisch gesehen. Hier darf es keinesfalls zu einer Bagatellisierung kommen. Wenn jemand eine verfestigte Ideologie aufweist, muss eine diversionelle Erledigung klar ausgeschlossen werden. Es ist uns hier noch in den Verhandlungen mit ÖVP und Grünen gelungen, klar festzuhalten, dass es nicht ausreicht, einmal kurz die Gedenkstätte Mauthausen zu besuchen, und damit wäre alles erledigt. Es braucht klar gearbeitete Diversionsprogramme, die auch einen Gedenkstättenbesuch beinhalten können. Diese Programme werden jetzt vertraglich und finanziell langfristig abgesichert. Zudem müssen die Organisationen, die die Diversionen durchführen, jährlich Berichte darüber legen. Das ist ein wesentlicher Fortschritt. Aktuell werden nur in wenigen Fällen echte Diversionsprogramme angewendet.

Dass der Strafrahmen der Verwaltungsstrafgesetze angepasst wurde, ist ein weiterer wichtiger Erfolg, den wir konsequent eingefordert haben.

Damit wird das Abzeichengesetz jetzt auch an den Strafrahmen des Symbolegesetzes angepasst und bei Wiederholungstaten sogar erhöht.

Eine weitere positive Änderung ist, dass NS-Devotionalien künftig auch dann eingezogen werden, wenn es zu keiner Verurteilung kommt. Insgesamt ist mit der Novelle des Verbotsgesetzes ein wirkliche gute Reform umgesetzt worden, die seit 1. Jänner 2024 in Kraft ist. Unser gemeinsamer Einsatz hat wesentlich dazu beigetragen, dass viele Punkte berücksichtigt und geschärft wurden. Der Gesetzesbeschluss ist ein klarer Beitrag in unserer gemeinsamen historischen Verantwortung.

Sabine Schatz ■

Anhaltelager in Österreich

Anhaltelager der Dollfuß/Schuschnigg-Diktatur werden oft mit inhaftierten Sozialdemokraten und Kommunisten in Verbindung gebracht und weniger mit den Nationalsozialisten. Es stimmt, dass eine sehr hohe Anzahl von Sozialdemokraten und Kommunisten inhaftiert war, am Höhepunkt der Belegung im September 1934 (nach dem Juli-Putsch) waren es aber zu 85 % Nationalsozialisten. Dieses Verhältnis änderte sich rasch wieder, da Nationalsozialisten viel rascher entlassen wurden als Linke.

Anhaltelager und deren Insassen während der Dollfuß/Schuschnigg Diktatur

Am 23. September 1933 jährte sich zum 90. Mal die Verordnung (BGBl. Nr. 431/1933) zur Errichtung von Anhaltelagern in Österreich, um „sicherheitsgefährliche Personen“ ohne vorherige administrative oder strafrechtliche Verfahren inhaftieren zu können. Am 1. September 1933 wurde im Ministerrat (MRP 896) über „Sammlager“ gesprochen, jedoch wurde der Begriff von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß wegen des negativen Images aus Deutschland abgelehnt. Ursache waren die Sprengstoffanschläge der illegalen Nationalsozialisten in Österreich. Treibend für die Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren waren Kurt Schuschnigg (BM für Justiz), Emil Fey (BM für öffentliche Sicherheit), Heimwehr-Führer Ernst Rüdiger Starhemberg und Odo Neustädter-Stürmer (Staatssekretär). Nur Vizekanzler Franz Winkler war gegen die Verordnung und wurde am 21. September durch Fey als Vizekanzler ersetzt.

Am 17. Oktober teilte Staatssekretär Karwinsky (Inneres, Sicherheitswesen) auf Presseanfrage in Abstimmung mit dem Ministerrat mit, dass es „in Österreich keine Konzentrationslager gäbe, aber 20 Leute im Notarrest untergebracht sind. Ziel dieser Notarreste sei es, dass diese politischen Häftlinge nicht mit gerichtlich verurteilten Häftlingen gemeinsam untergebracht werden. Betroffene Personen stehen im Verdacht, staatsfeindliche Aktionen vorbereitet zu haben. Dies sind sieben Studenten aus Wien, elf Personen aus der Steiermark und zwei Kommunisten aus Wien, die im Objekt 862 in Wöllersdorf primitiv untergebracht sind. Bei Bedarf werden ähnliche Einrichtungen in anderen Bundesländern geschaffen“.

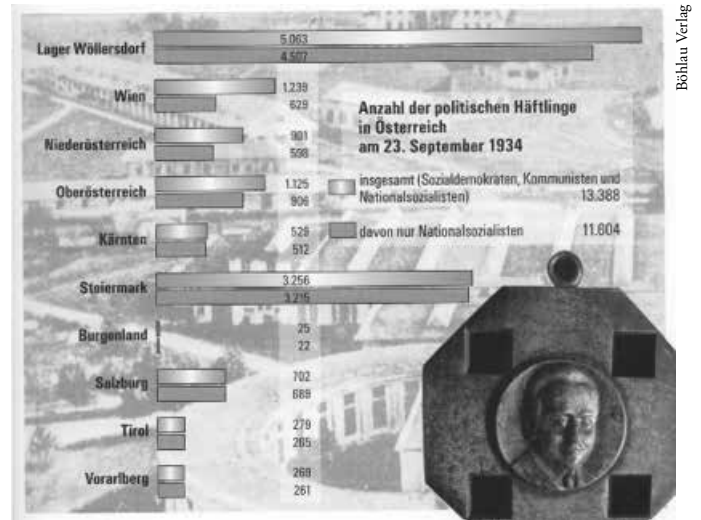
Mit der Verordnung entstanden mit Ausnahme von Vorarlberg in jedem Bundesland ein oder mehrere Anhaltelager. Viele diese Anhaltelager waren nur kurze Zeit aktiviert, wie z. B. in Wiener Neustadt das Haferdepot (Dezember 1933 bis Jänner 1934) und Ungargasse 44 (Juli bis Oktober 1934). Natürlich waren das keine großen Lager, sondern Gebäude die notdürftig für wenige Gefangene vorbereitet und durch die Gendarmerie bewacht wurden. Deswegen wur-

de auch der Ausbau des Lagers in Wöllersdorf zügig durchgeführt. Waren es am 10. März 1934 noch fünf Gebäude mit 440 Häftlingen, wurde es bis August 1934 für ca. 7.000 Menschen ausgebaut und war damit das größte Anhaltelager des Landes. Angehaltene aus ganz Österreich wurden nach Wöllersdorf gebracht. Die bekanntesten Anhaltelager neben Wöllersdorf waren Kaisersteinbruch (Burgenland), Graz-Messendorf und Graz-Waltendorf. Die Belagszahl betrug an ihrem Höhepunkt am 23. September 1934 in Summe 13.388 Inhaftierte, davon in Wöllersdorf 5.063. Der Rest war in den verschiedenen Bundesländern verteilt. Die unterschiedliche Anzahl der Inhaftierten pro Bundesland kann man in der beigefügten Grafik sehen.

Interessant sind dabei drei Aspekte:

- 1) In den Anhaltelagern wurden nur Männer inhaftiert. Frauen wurden in Gefangenenhäuser der Polizei gefangen gehalten.
- 2) Von den 13.388 Inhaftierten am Höhepunkt der Verfolgung, waren 11.604 illegale Nationalsozialisten und nur 1.784 Sozialdemokraten und Kommunisten (davon in Wöllersdorf 4.507 Nazis sowie 556 Sozialisten und Kommunisten).
- 3) Sozialdemokraten und Kommunisten waren die Minderheit der Gefangenen. Waren im September 1934 nur 15 % Sozialisten und Kommunisten, änderte sich dies schnell, weil die Nazis früh aus der Haft entlassen wurden. Am 1. Mai 1935 waren 283 Nationalsozialisten und 112 Sozialdemokraten und Kommunisten in Wöllersdorf eingesperrt.

Der Grund, warum gerade zu dieser Zeit so viele Menschen inhaftiert waren (oder „angehalten“ wurden, wie es im offiziellen Sprachgebrauch



Belegung der Anhaltelager und Gefängnisse in den Bundesländern (oberer Balken Sozialisten und Kommunisten, unterer Balken Nationalsozialisten). Bildhintergrund ist eine Luftaufnahme des Lagers Wöllersdorf (gut erkennbar das markante halbrunde Gebäude, das heute noch existiert).

hieß), war der Nazi-Putsch am 25. Juli 1934 mit der Ermordung Dollfuß'.

Die meisten Häftlinge wurden aber bald entlassen. In Folge wurden die meisten Anhaltelager aufgelassen und Häftlinge von dort nach Wöllersdorf verlagert. Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht im März 1938 wurde unter großem medialen Aufwand „Wöllersdorf niedergebrannt“. In der Realität wurde nur eine Baracke, die „schwarze Baracke“ (Baracke Nr. 78), mit Stroh angefüllt und am Abend (nach Sonnenuntergang) effektiv niedergebrannt. Das gesamte Mobiliar des Lagers wurde nach Mauthausen verfrachtet und für das im Aufbau befindliche Konzentrationslager verwendet.

Franz Gehringer ■

Leo Mistingering 16. März 1904 – 3. April 2001

„Ich war ein Kämpfer vom Roten Wien“

Leopold Mistingers Eltern waren seit den 1890er-Jahren Sozialisten und Gründungsmitglieder der Kinderfreunde, der bedeutenden sozialdemokratischen Familienorganisation. Leo erkannte sehr früh den Wert sozialer Sicherheit. Von seinen elf Geschwistern starben die meisten an Tuberkulose. Mit sechs Jahren kam er zu den Kinderfreunden. Als guter Schüler konnte er eine Buchdruckerlehre absolvieren und die Arbeiter Hochschule besuchen. 1919 gründete er mehrere SAJ-Gruppen, denen nahezu 450 Mitglieder angehörten. Er war Vertrauensmann der Sozialdemokratischen Partei, sowie Betriebsratsobmann der Wiener Gewerblichen Fortbildungsschulen. In der SAJ lernte er seine zukünftige Ehefrau, Paula Mraz, kennen. Leo und Paula waren 1929 an der Organisation des großen Internationalen Sozialistischen Jugendtreffens beteiligt, das am Wiener Heldenplatz unter Fanfarenklängen und wehenden roten Fahnen vor 50.000 jungen Menschen aus 18 Nationen eröffnet wurde. Als Wahlredner begleitete Leo 1930 die Spielergruppen der „Blauen Blusen“ zum größten und letzten Wahlsieg der Sozialdemokratie der Ersten Republik.

Die faschistische Gefahr erkennend bereiteten sich Schutzbündler, Wehrsportler und die SAJ vor, die demokratischen Werte zu verteidigen. Leo Mistingering war einer der ihnen. Eine schwere Enttäuschung erlebte Leo beim Ausbruch der Februarkämpfe am 12. Februar 1934, als der Schutzbund-Kreisleiter Eduard Korbel die Bezirkskommandanten und Waffenlager des Kreises West an die Behörden verriet. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei wurde verboten. Am 1. Mai 1934 folgte der Erlass einer neuen Verfassung. Leo und Paula Mistingering schlossen sich den RS an. Leo wurde mehrfach verhaftet und ins Anhaltelager Wöllersdorf verbracht. Paula gelang die Flucht in die Tschechoslowakei zu Otto Bauer, der sie unter dem Namen Anna Mader als Kurierin einsetzte. Von Strapazen und schweren Regenfällen geschwächt, starb sie am 21. Mai 1935 im Lainzer Krankenhaus. Leo offenbarte einem Arzt die wahre Identität seiner Frau. Gesundheitlich schwer angeschlagen, wirkte Leo erneut bei den RS und in einer Betriebszelle der Eisenbahner mit. Wolfgang Neugebauer hält in seiner Publikation „Der Österreichische Widerstand 1938-1945“, dazu fest: „Zusätzlich zu den sozialistischen und kommunistischen Parteiorganisationen entwickelte sich Widerstand in den Betrieben. Als Leiter der Betriebszellen traten fast immer kommunistische Funktionäre auf, doch die Mehrzahl der Mitglieder kam aus den Reihen der Sozialisten, wenn sie auch von Gestapo und Gerichten durchwegs als Kommunisten abgestempelt und verurteilt wurden.“ Leos Familie gewährte 1943 verwandten kommunistischen Fallschirmspringerinnen Schutz, die jedoch enttarnt wurden und Geständnisse ablegten. Deren Geheimcodes wurden zur Irreführung der Russen genutzt. Leo wurde am 11. Jänner 1944 verhaftet, von Johann Sanitzner verhört, gefoltert und nach acht Monaten Haft wegen Hochverrat, Lostrennung vom Reich, Betreiben eines Feindsenders und Beherbergung feindlicher Fallschirmspringer ins KZ Flossenbürg deportiert.

Unbekannte Häftlinge unterschlugen Leos Strafakt. Fortan behauptete er, sein Haftgrund sei ein polnischer Freund seiner Mutter. Im „Kommando Stich“ konnte er sich als „Elektriker“ an Sabotageakten beteiligen. 1945 ernannten ihn die US-Truppen zum „Chief-Desinfektor“. Das Angebot, in die US-Armee einzutreten, lehnte er ab. Im Juni 1945 gelangte Leo über Prag nach Wien. Zehn Tage später rief er im Auftrag Theodor Körners eine Kinder-Hilfsorganisation und den Verein „Jugend am Werk“ ins Leben. Er wurde Amtsrat der Gemeinde Wien, Mitarbeiter im SPÖ-Bezirksvorstand Fünfhaus, gründete eine Heimatstube - Vorgängerin des Bezirksmuseums. Er war von Dezember 1945 bis März 1963 Gemeinderats- und Landtagsmitglied, 1963-1968 Bezirksvorsteher in Rudolfsheim-Fünfhaus, 1968-1970 Abgeordneter zum Nationalrat, 1989 wurde er zum Wiener



Leo Mistingering, Ehrenvorsitzender unseres Bundes

Bürger ernannt, ab 18. November 1990 bis 1992 folgte er Rosa Jochmann als Bundesvorsitzender der Freiheitskämpfer nach, 1996 wurde Leo Ehrenvorsitzender des Bundes.

Der SPD-Ortsverein Flossenbürg lud Leo 1995 zur Enthüllung des sogenannten „Sozialistensteins“ in der Gedenkstätte ein. 1999 reiste Leo in Begleitung des Ehepaares Ströer und Edith Krisch zur Eröffnung des Studien- und Dokumentationszentrums Flossenbürg. Die Delegation wurde vom Ehrenvorsitzenden des SPD-Ortsvereins Albert Schwägerl und seiner Ehefrau Edith herzlich begrüßt. Leo hatte Gelegenheit, Radio- und Fernsehinterviews zu geben. Albert Schwägerls Einsatz für die Gedenkstätte wurde im Jahr 2000 mit der Otto-Bauer-Plakette anerkannt. Leo Mistingering verstarb am 3. April 2001. 2005 erfolgte die Benennung des Leopold-Mistingering-Platzes.

Edith Krisch ■



Landeskonferenz Burgenland

Am 21. November fand im Kino Oberpullendorf die Landeskonferenz der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen Burgenland statt. Vorsitzende Gabi Tremmel-Yakali begrüßte zahlreiche Ehrengäste: BSA Landesvorsitzende Bundesrätin Sandra Gerdenitsch, Landesfrauenvorsitzende LH-Stv.in Astrid Eisenkopf, Ehrenvorsitzende der FreiheitskämpferInnen Burgenland LAbg. a. D. Gertrude Spieß, LAbg. Elisabeth Trummer, Bundesvorsitzenden Gerald Netzl, SJ-Landessekretärin Anna Prünner und stv. Landesvorsitzende FK BR a.D. Inge Posch-Gruska.

Als Gastrednerin unterstrich Astrid Eisenkopf die Bedeutung der Arbeit der FreiheitskämpferInnen nicht nur hinsichtlich der Gedenkkultur, sondern auch für eine stetige Auseinandersetzung mit aktuellen Entwicklungen. Im Gegenzug bedankten sich die FreiheitskämpferInnen bei LH-Stv. Eisenkopf für die laufende Kooperation mit den SPÖ Frauen, aus der in der Vergangenheit viele gemeinsame Veranstaltungen entstanden sind. Der neue Landesvorstand bestehend aus Gabi Tremmel-Yakali (Vorsitz), Inge Posch-Gruska (V-Stv.in), Claudia Kreiner-Ebinger, Dieter Posch, Thomas Izmenyi, Hannelore Wallner sowie den BeirätInnen Susanna Steiger-Moser, Anita Jugovits-Csenar, Claudia Schlag, Sandra Gerdenitsch, Markus Neuhold, Caronline Kolonovits wurde einstimmig gewählt. Als Rechnungsprüfung fungieren in Zukunft Anna Prünner und Martin Giefing.

Neben der Theateraufführung anlässlich 90 Jahre Februarkämpfe am 23. Februar 2024 wird der Fokus im Burgenland auch in den kommenden Jahren auf Veranstaltungen zum Novembertag liegen. In Vorbereitung gehen müssen darüber hinaus die Aktivitäten für 2027, wenn sich zum 100. Mal die Schüsse von Schattendorf jähren.

Im Anschluss an die Landeskonferenz luden die FreiheitskämpferInnen gemeinsam mit den SPÖ Frauen, dem BSA, der SJ und den Kinderfreunden zur Filmvorführung von „A Boy's Life – Kind Nummer B2826“ ein. Nach dem Film hatten die Gäste die Möglichkeit mit Florian Weigensamer vom Regieteam über die Entstehung des Filmes, die Gespräche mit Daniel Chanoch und die Bedeutung solcher Produktionen zu sprechen. „Diese einmalige Gelegenheit zur Reflexion des Gesehenen und zur Vertiefung in das Thema wurde von unseren BesucherInnen gerne angenommen“, so Tremmel-Yakali. „Für die Bereitschaft zum Austausch und die gewährten Einblicke gilt unser Dank Florian Weigensamer.“



Alexander Piroška

v. l. n. r. Sandra Gerdenitsch, Astrid Eisenkopf, Gertrude Spieß, Gabi Tremmel-Yakali, Elisabeth Trummer, Gerald Netzl, Anna Prünner und Inge Posch-Gruska

Die Wiederentdeckung eines europäischen Erinnerungsortes

„Ich habe von Dachau und Auschwitz gehört, aber noch nie von Flossenbürg.“ Diese Worte liest man, wenn man in die ehemalige Lagerküche der Gedenkstätte eintritt, um die dortige Ausstellung zu besichtigen. 1936/37 entstehen die Lager Sachsenhausen und Buchenwald. Die wirtschaftlichen Interessen der Schutzstaffel (SS) spielen bei der Wahl neuer Standorte eine immer größere Rolle. Der Ort Flossenbürg im Nordosten Bayerns ist für sie aufgrund des Granitvorkommens interessant. Am 3. Mai 1938 erreicht der erste Transport mit 100 Häftlingen aus dem Konzentrationslager Dachau die Baustelle. Zum Jahresende befinden sich bereits 1.500 Häftlinge im Lager, zwischen 1938 und 1945 insgesamt rund 100.000 Häftlinge. Sie werden gezwungen im Flossenbürger Steinbruch der Deutschen Erd- und Steinwerke zu arbeiten. Kälte, harte Arbeit, Demütigungen und Unterdrückung, bis zur Erschöpfung arbeiten, zu Tode schinden ist wie in so vielen Konzentrationslagern an der Tagesordnung. Für die Firma Messerschmitt müssen die Häftlinge unter unwürdigsten Bedingungen Flugzeugteile montieren. Flossenbürg ist ein Hauptlager. Seine 80 Außenlager erstrecken sich von Bayern über Böhmen bis Sachsen. Zwei Wochen vor Ende des Zweiten Weltkriegs erreichen US-amerikanische Einheiten Flossenbürg. Sie finden nur noch 1.500 todkranke Häftlinge vor. Trotz des ganzen Wahnsinns wird dieses Konzentrationslager nach 1945 vergessen. So werden beispielsweise Mietwohnungen in der ehemaligen Kommandantur eingerichtet. Erst seit 1999 befindet sich hier nun Verwaltung, Archiv und Bibliothek der Gedenkstätte Flossenbürg. Der ehemalige Appellplatz wurde über fünf Jahrzehnte als Industrieareal genutzt. Heute zieht sich eine öffentliche Straße mitten durch diesen durch. Unmittelbar an die Gedenkstätte ziehen sich Häuserreihen. Dort, wo früher Häftlingsbaracken standen. Eine der Ausstellungen befasst sich mit den Nachwirkungen des Konzentrationslagers Flossenbürg von 1946 bis heu-

te. Und dort liest man eine Aussage eines Bewohners dieser Häuser. Er meint, dass er lange nicht gewusst hat, auf welchem Grund diese Häuser stehen. Erst sehr spät hat er dies erfahren. 1947 wird eine kleine Gedenkstätte durch eine Gruppe polnischer „Displaced Persons“ errichtet. 1995 beginnt der Aufbau einer Gedenkstätte, für die sich die Überlebenden vehement einsetzen. Das „vergessene Konzentrationslager“ wird jetzt erst als europäischer Erinnerungsort wahrgenommen. 2007 wurde die Dauerausstellung „Konzentrationslager Flossenbürg 1938-1945“ in der ehemaligen Wäscherei eröffnet. 2010 wurde die zweite Dauerausstellung „Was bleibt - Nachwirkungen des Konzentrationslagers Flossenbürg“ in der ehemaligen Lagerküche eröffnet. Diese Ausstellung geht auch den Fragen nach: Was bleibt nach 1945 vom Ort? Was bleibt an Erinnerung? Was bleibt von den Überlebenden? Und was bleibt von den Tätern?

Brigitte Drizhal (Verein Rote Spuren) ■



Rechts die ehemalige Wäscherei, gegenüber die ehemalige Lagerküche. Dahinter am ehemaligen Lagergelände heute Wohnhäuser.

75 Jahre KZ-Verband

Der KZ-Verband feierte im November 2023 sein 75-jähriges Bestehen in der jetzigen Form. Dieses Jubiläum nahm die Organisation zum Anlass, um die eigene Geschichte aufzuarbeiten und ein Archiv aufzubauen. Bürgermeister Michael Ludwig, studierter Historiker, hat der offiziellen Präsentation dieser Sammlung beigewohnt.

Mehr als 1.500 Mitglieder-Karteikarten sowie mehr als 1.000, meist handschriftlich von den Opfern persönlich ausgefüllte Fragebögen, befinden sich unter den Materialien, die im KZ-Verband in der Wiener Lassallestraße lagern. Erstmals wurden diese nun systematisch erfasst. Die historischen Dokumente erzählen die Geschichte vom Überleben des politischen Widerstandes sowie vom Überleben nach dem Krieg.

Michael Ludwig zeigte sich beim Besuch beeindruckt vom Umfang des Archivs: „Die Arbeit des KZ-Verbandes hat einen sehr hohen Stellenwert in der Aufarbeitung der dunklen Geschichte des Landes. Ich danke den vielen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großen Einsatz gegen das Vergessen“, so Ludwig. „Angesichts der Tatsache, dass immer mehr Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer und Holocaust-Überlebende sterben und somit das historische Wissen nicht mehr direkt von ihnen weitervermittelt werden kann, ist eine systematische Aufarbeitung, Einordnung und Aufbereitung unerlässlich“, sagte der Wiener Bürgermeister.

Ludwig hob weiters das Engagement des KZ-Verbandes hervor. Auch für die Unterstützung der Hinterbliebenen setzte sich der KZ-Verband seit Jahrzehnten ein, sagte Ludwig. Abschließend mahnte Wiens Bürgermeister: „Es liegt an uns, wachsam zu bleiben und entschlossen gegen jede Form von Antisemitismus, Rassismus, Hass und Hetze aufzutreten.“

75 Jahre KZ-Verband

Der KZ-Verband / Verband der Antifaschist*innen ist ein Bundesverband österreichischer Antifaschist*innen, Widerstandskämpfer*innen und Opfer des Faschismus. Er wurde nach der Befreiung Österreichs als überparteilicher Zusammenschluss gegründet (griert aber immer stärker in kom-



Gen. Michael Ludwig besuchte den KZ-Verband

munistisches Fahrwasser, Anm. G. N.). Der KZ-Verband/VdA ist aktiv in der Interessensvertretung der Opfer des Faschismus von 1933 bis 1945 laut Opferfürsorgegesetz (OFG), in der Gedenk- und Erinnerungsarbeit und im Kampf gegen Neofaschismus und Rechtsextremismus.

Herzstück des neuen Archivs ist unter anderem die Erfassung und Digitalisierung der Mitglieder-Karteikarten, die unter anderem genaue Daten zu Abstammungsverfolgung, Haftgrund, Haftdaten, Aufenthalte in KZs, Arbeitslagern, Gefängnissen etc. enthalten. 2.214 Opfer und Hinterbliebene wurden hier insgesamt erfasst. Um das Archiv langzeitarchivieren zu können muss als nächster Schritt die vollständige Digitalisierung erfolgen. Die dafür notwendige Weiterfinanzierung des Projektes ist noch offen. Zur Zeit erreicht man das Archiv über die Projektleiterin und Vorsitzende des KZ-Verbandes/VdA NÖ Birgit Hebein unter archiv@kz-verband.at

PID-Rathauskorrespondenz / Gerald Netzl ■

Konferenz in Wiener Neustadt

Gerlinde Sauerchnig wurde in der Mitgliederversammlung des Bundes sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Bezirksorganisation Wiener Neustadt, mit 100 % zur neuen Bezirksvorsitzenden gewählt. Sie löst damit Hans Stippel ab, der diese Funktion jahrzehntelang innehatte. Neben der Organisation der traditionellen Veranstaltungen wie Februargedenken und Kranzniederlegung zu Allerheiligen zählt sein Engagement bei der Verlegung des Mahnmals Wöllersdorf aufgrund der notwendigen Straßensanierungen zu seinen herausragenden Verdiensten. Für all sein Engagement und sein Wirken wurde Hans Stippel zum Ehrenvorsitzenden des Bezirkes Wiener Neustadt gewählt. Die neue Bezirksvorsitzende dankte Gen. Stippel für seine Anstrengungen und versprach „die wichtige Arbeit im Rahmen der Freiheitskämp-

ferInnen weiterzuführen.“ „Niemals vergessen!“ hat derzeit so viel Aktualität wie noch nie, daher werden wir nicht aufhören, auf lauende Gefahren aufmerksam zu machen.“

Ebenso dankte die SPÖ Bezirksvorsitzende NRin Petra Tanzler Hans Stippel für sein wichtiges Engagement und wünschte Gerlinde Sauerchnig „alles Gute und viel Erfolg für ihre neue Funktion. Die Unterstützung und die Hilfe der SPÖ Bezirksorganisation ist dir sicher.“ Der Landesvorsitzende Anton Heinzl betonte, dass Wiener Neustadt gemeinsam mit St. Pölten zu den wichtigsten Bezirksorganisationen in Niederösterreich zählt. Immerhin stellt Niederösterreich ein Viertel aller Mitglieder im Bundesgebiet. Gin. Sauerchnig ist auch Mitglied unseres Bundesvorstands.



V. l. n. r. Arnold Grabner, Gerlinde Sauerchnig, Hans Stippel, Petra Tanzler und Anton Heinzl



Karl der Große

Werner Anzenberger zum Jahresjubiläum Karl Kraus.

Karl Kraus ist ein Literaturgigant. Er steht in einer Reihe mit den Allerbesten der österreichischen Moderne: Robert Musil, Hermann Broch, Elias Canetti. Am 28. April feiern wir seinen 150. Geburtstag.

Ein Humanist war dieser Karl Kraus. Ein Mann mit mächtigem Rückgrat, ein streitbarer Geist. So etwas kann den intellektuellen Mitbewerber schon einmal in Rage bringen: 1896 versetzt ihm Felix Salten, gedemütigter Exfreund, im legendären Wiener Kaffeehaus Griensteidl am Michaelerplatz, ob dessen exzellenten Rufes als bevorzugter Treffpunkt verkannter Künstler auch Café Größenwahn genannt, eine Doppelwatsch'n. Zwei Ohrfeigen, die sich haben gewaschen haben.

Andere, nicht nur die berüchtigten steirischen Haudrauf-Poeten Ottokar Kernstock und Peter Rosegger, ließen sich im mutwillig vom Zaun gebrochenen ersten Teil des „europäischen Bürgerkriegs 1914-1938“, sei es aus Opportunismus, sei es aus inbrünstiger Überzeugung, vor den Karren der österreichischen Militärpropaganda spannen. Nicht so Karl Kraus. Er schrieb das ewiggültige Antikriegsdrama Die letzten Tage der Menschheit. Kraus entlarvt, und nicht nur in diesem legendären (Nicht)Bühnenwerk, das Ressentiment. Jene fatale Mischung aus menschlicher Dummheit, Missgunst und Neid, die schon seit jeher in die Katastrophe geführt hat. Seine Satire ist allein deshalb so mutig und bewundernswert, weil sie die Mächtigen kompromisslos bloßstellt und die Schwachen schont.

Kraus' periodische Schrift zu Kultur und Politik, Die Fackel, herausgegeben seit 1900, war eine intellektuelle Institution europäischen Formats. Kein Machtapparat, keine Persönlichkeit war vor ihr sicher, wenn Kraus Moral, Anstand und das Recht - wie er es eben verstanden hat - gefährdet sah. Oder die Sprache an sich, die Kraus als sein Allerheiligstes mit Zähnen und Klauen, verteidigte. Den erpresserischen Zeitungsverleger Imre Békessy, Herausgeber des Revolverblattes Die Stunde, verjagte Kraus mit dem Aufruf: „Hinaus aus Wien mit dem Schuft!“ Und gegen den Wiener Polizeipräsidenten, Johannes Schober, startete der Literat ebenfalls einen Aktionismus, der zukunftsweisend sein sollte. „Ich fordere Sie auf, abzutreten!“ stand auf den zahlreichen Plakaten, die Kraus affichieren ließ. Schober hatte bei der Auflösung der Demonstration vor dem Justizpalast am 15. Juli 1927 in die Menge schießen lassen. Ein völlig unverhältnismäßiger Gewaltexzess, 89 tote Menschen lagen in den Straßen der Stadt.

Kraus, der moralische Fels, Kraus, der Unbestechliche, höchst unbequem für jede Macht, hatte aber auch seine Schattenseiten. Seine Grundhaltung offenbart verstörend autoritär-patriarchale Züge, ist zuweilen explizit antiemanzipatorisch und frauenfeindlich. Zudem verfehlten seine politischen Analysen oft den wesentlichen Punkt. Bei der zutreffenden Geißelung einzelner Missstände übersah Kraus immer wieder übergeordnete Entwicklungslinien. Seine Perspektiven zeugen vielfach von Naivität und - zunehmender - Orientierungslosigkeit.

Kraus war der moderne demokratische Verfassungsstaat wohl nie ein wahres Anliegen. Dieses Defizit zeigte sich spätestens in Österreichs Schicksalsjahren 1933/34. Geradezu religiös-pathetisch aufgeladen huldigte Kraus der austrofaschistischen Diktatur. Und ihrem Führer Engelbert Dollfuß, dem „kleinen Retter aus großer Not“.

Seine bisherigen Bewunderer und Wegbeleiter waren, gelinde gesagt, überrascht. Das allerdings ist das wirklich Erstaunliche. Hätte man Kraus'



Vom Autor unlängst zum Thema: Parteipolitik. In: Katharina Prager/Simon Ganahl, Karl Kraus Handbuch. Leben - Werk - Wirkung (Springer-Verlag, Berlin 2022).

bisheriges Schriftgut kritischer beleuchtet, hätte man mit seiner Diktaturaffinität durchaus rechnen können. Antifaschistische Autoren äußern sich pikiert. Bertolt Brecht ist enttäuscht, über den schnellen Fall des guten Unwissenden. In Zweifel gezogen wird nicht Kraus' grundsätzliche humanistische Integrität, sondern seine politische Urteilsfähigkeit.

Karl Kraus starb am 12. Juni 1936, sein Grab befindet sich auf dem Wiener Zentralfriedhof. Was bleibt von diesem außerordentlichen Kulturmenschen? Eine enorme Sprachkompetenz, eine luzid-sprachgewaltige Literatur, die auch heute noch unter die Haut geht. Die große Politik hingegen war ihm, Karl dem Großen, wohl des Öfteren zu groß. Walter Benjamin würdigt ein Werk, das vom Scheitern des passionierten politischen Kommentators, insbesondere seines bedenklichen Zugangs zu Demokratie und Rechtsstaat, nicht allzu sehr überschattet ist: *Kein Posten ist treuer gehalten worden und keiner war je verlorener...*

Alt sein heißt nicht stumm sein - OMAS GEGEN RECHTS

Frauen verschwinden ja mit zunehmendem Alter aus dem öffentlichen Diskurs. Viele trauten sich nicht, laut „gegen Rechts“ zu sein, auf die Straße zu gehen, bengalisches Feuer einzuzatmen, massiver Polizeipräsenz gegenüberzustehen. Die OMAS GEGEN RECHTS bieten ihnen eine Plattform, wo sie gemeinsam, sichtbar und laut für die Demokratie, die Menschenrechte und die Zukunft der Jugend eintreten können.

Seit sechs Jahren sieht man uns, vorwiegend ältere Frauen mit bunten Hauben protestierend und singend auf der Straße. Unser Protestlied „Omas, Omas uns braucht das ganze Land, wir kämpfen für die Kinder und machen Widerstand...“ ist Programm.

Wir sind präsent auf der Straße, in den sozialen Medien, bei Diskussionsrunden, bei Gedenkfeiern. „Niemals wieder“ steht auf unserer Agenda. In Oberösterreich halten unsere OMAS vor jeder Landtags-sitzung eine Kundgebung ab. Sie fordern mit einem Banner „Klärt endlich die Schändungen von Gedenkstätten für NS-Opfer in OÖ auf!“

Wir nehmen Stellung zu aktuellen politischen Themen, sind wachsam und mischen uns ein, wenn es um die Angriffe auf die Demokratie, die Menschenrechte geht und wir stehen solidarisch auf der Seite der Jugend, die für den Klimaschutz und ihre Zukunft kämpft. Mit unserem Banner „Klima in Gefahr, Demokratie in Gefahr“ schließen wir uns ihren Protesten an. Wir halten seit 2020 an fünf Tagen pro Woche Mahnwache in Wien vor dem Bundeskanzleramt mit dem Banner „Flucht ist ein Menschenrecht. Ohne Menschenrechte keine Demokratie“

Wir sind vernetzt mit anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen

Was war der Anlass für Monika Salzer, als sie 2017 die OMAS GEGEN RECHTS gegründet hat? Die Angelobung der türkis-blauen Regierung (Kurz-Strache), die ein weiterer bedrohlicher Beweis für den Rechtsruck in ganz Europa



OMAS GEGEN RECHTS in Action

war. Bei der Demo am 17. Dezember 2017 in Wien traten Monika Salzer und einige andere Frauen erstmals sichtbar als OMAS GEGEN RECHTS auf. Eine OMA der ersten Stunde war auch die Journalistin Susanne Scholl.

Wie ging's weiter?

Viele Zeitungen berichteten über diese neue Bewegung, auch internationale wie die New York Times, Interviewanfragen kamen aus der ganzen Welt. In Windeseile sprangen Menschen, vorwiegend ältere Frauen, österreichweit, aber auch in Deutschland, Italien, Schweiz auf diesen „Omaszug“ auf. In Österreich gibt es mittlerweile in acht Bundesländern (außer NÖ) Gruppen. Was am 16. November 2017 mit einer Facebookgruppe begann, ist jetzt ein österreichweiter Verein mit über 600 Mitgliedern. Unsere Vorsitzende ist Monika Salzer, ihre Stellvertreterin Susanne Scholl.

Alt sein heißt nicht stumm sein

„Wir sind alt - im körperlichen Sinn. Aber wir sind im Geiste jung, jünger als manch einer, der heute das große Wort führt. Unsere geistige Jugend verbindet sich mit jener

Erfahrung, derer es bedarf, um zu sehen, wenn sich eine Gesellschaft in die falsche Richtung entwickelt. Wir glauben an die Demokratie“ schreibt Susanne Scholl 2018 im Manifest der OMAS GEGEN RECHTS.

Die OMAS sind so cool! Diese OMAS sind zum Schämen!

„Berühmtheit“ bringt Positives und Negatives. Viel Lob kommt von jungen Menschen. Sie finden bei dem OMAS Rückenstärkung und meinen „diese OMAS sind so cool“. Studierende schreiben in ihren Abschlussarbeiten über uns OMAS. Häme und zum Teil schlimme Alterdiskriminierung kommt vorwiegend von rechtsgesinnten Männern, auch einige FPÖ-Politiker sind sich nicht zu schade dafür.

Wir sind „Gutmenschen“

„Wieso haben wir bei der Benutzung des Wortes Gutmensch als Schimpfwort nicht mit der Einführung des Wortes ‚Bösmensch‘ reagiert? Weil wir eben Gutmenschen sind. Und seien wir ehrlich: Es gibt gar nicht so viele Bösmenschen,

vor denen wir uns fürchten müssten. Sie, die Bösmenschen sollten sich vielmehr vor uns fürchten. Vor uns, den Gutmenschen!“ schreibt Susanne Scholl im Vorwort des Buches von Monika Salzer „Warum wir für die Zukunft unserer Enkel kämpfen“, erschienen 2019 im Drömer-Verlag.

Eine wesentliche Grundlage der Zweiten Republik ist der Antifaschismus, geboren aus den Verbrechen des Krieges. Nun zerstören wieder Rechtsextreme Europa und vorne dabei: Österreich. „Wir wollen gemeinsam allen zeigen, dass wir das nicht hinnehmen. Wir nehmen es nicht hin, dass die Menschenrechte gebeugt und verraten werden, wir nehmen es nicht hin, dass Europa nicht mehr wert sein soll als eine billige Kulisse für Reichtum und Erfolg, wir nehmen es nicht hin, dass unsere Kinder belogen werden.“ schreibt Monika Salzer in ihrem Buch.

Web-Tipp: www.omasgegenrechts.at

Helene Kaltenböck, Vorstandsmitglied OMAS GEGEN RECHTS ■



Die Offensive gegen Rechts - aktiver Antifaschismus in Wien

Neben der Gedenk- und Erinnerungsarbeit ist aktiver Antifaschismus ein wesentliches Element für alle, die wollen, dass diese zutiefst reaktionäre politische Strömung nie wieder zum Massenphänomen werden kann oder gar die Macht übernimmt. Gerade heute, nachdem die Pandemie jahrelang dazu benutzt wurde antisemitisches Gedankengut wieder salonfähig zu machen und diverse Verschwörungsmymen zu verbreiten, muss das „Kein Fußbreit“ wieder Teil unseres Alltags werden. Das ist das wesentliche Ziel der Offensive gegen Rechts (OGR).

Die 2011 gegründete OGR ist ein antifaschistisches Bündnis, das hauptsächlich in Wien aktiv ist, und von Organisationen, die sich auf die ArbeiterInnenbewegung beziehen, migrantischen und gewerkschaftlichen Strukturen getragen wird. Unter anderem sind fast alle sozialdemokratischen Jugendorganisationen in dieser aktiv.

Das Selbstverständnis der OGR lautet unter anderem wie folgt: „Die Offensive gegen Rechts ist ein breites, antifaschistisches und internationalistisches Bündnis. Wir verstehen uns als aktive und kontinuierlich arbeitende Akteurin im konsequenten Antifaschismus. Im Rahmen der permanenten Austerität und der andauernden Krise des Kapitalismus erfahren (Neo-) Faschismus, Rechtsextremismus, reaktionäre Gesellschaftsbilder, Sexismus, (antimuslimischer) Rassismus, Antiziganismus, Antisemitismus, Homo- und Transphobie (bzw. Heterosexismus) weltweit neue Höhen. Wir sehen es als unvereinbar an, mit Personen, Vereinen, Parteien, etc. zusammenzuarbeiten, welche sich an der Verbreitung rassistischer, antisemitischer und antimuslimischer Hetze beteiligen.“

Ziel der OGR ist es, faschistische und rechte Aktivitäten mittels breiten, bunten, kreativen Protestformen wie Blockaden zu be- oder verhindern. Methoden des passiven zivilen Ungehorsams sehen wir als legitim an. Mobilisiert wird mit klassischen Verteilaktionen als auch auf Social Media. Weiters gibt es eine Kooperation mit antifaschistischen Initiativen in anderen Bundesländern wie Braunau gegen Rechts, Innsbruck gegen Faschismus, Linz gegen Rechts, sowie den Offensiven gegen Rechts im Burgenland und der Steiermark.

Ein jährlicher Fixpunkt der Aktivitäten der OGR ist die Demonstration gegen den von der FPÖ organisierten „Akademikerball“ (früher Ball des Wiener Korporationsrings, dem Zusammenschluss der schlagenden Burschenschaften), welcher nicht nur nach wie vor Burschenschafter und die Prominenz der österreichischen Rechtsradikalen anzieht, sondern über die Jahre auch das Who is Who des europäischen Neofaschismus wie z. B. Marine Le Pen als GästInnen begrüßen konnte.

Über die Jahre hat die OGR auch gegen andere rechtsradikale Aktivitäten, insbesondere der Identitären oder der Pegida, mobilisiert und sich an antirassistischen Demonstrationen beteiligt. Wie sehr das die rechten Recken schmerzt, zeigen zahlreiche Angriffe auf AntifaschistInnen im Rahmen unserer Aktivitäten. Am 8. Mai hat die OGR, bevor es das Fest der Freude gab, mehrmals Kundgebungen oder Demonstrationen anlässlich des Sieges über den Faschismus durchgeführt. Am Beginn der Pandemie haben wir versucht, den im Zuge der Pandemie grassierenden rechtsradikalen und antisemitischen Mobilisierungen etwas entgegenzusetzen, sind damit aber leider gescheitert, was tragisch zeigt, dass antisemitische Märchen in Österreich nie weg, sondern bestenfalls unter den Tisch gekehrt waren.

Immer dann, wenn die extreme Rechte in Gestalt der FPÖ an Regierungen beteiligt wurde, war die OGR ebenfalls da. So organisierten wir den Protest gegen die SPÖ-FPÖ-Koalition im Burgenland 2015 und waren maßgeb-



Offensive gegen Rechts

Aufruf für die Demonstration gegen den sog. „Akademikerball“ am 16. Februar 2024

lich an der Organisation der Großdemonstrationen gegen die ÖVP-FPÖ-Koalition 2017 beteiligt. Auch bei der Angelobung einer solchen Koalition in Niederösterreich im letzten Jahr war eine Delegation der OGR präsent.

Sobald die alten und neuen FaschistInnen versuchen, die Straßen unserer Stadt zu erobern, sind wir als OGR da und versuchen, unseren Beitrag dazu zu leisten, dass das „Nie wieder“ zur Realität wird. Die Teilnahme an der einen oder anderen Demonstration der Offensive gegen Rechts kann daher allen Mitgliedern unseres Bundes nur wärmstens ans Herz gelegt werden.

Webtipp: Das vollständige Selbstverständnis der OGR findet sich unter <http://ogr.or.at/index.php/kontakt/>.

Axel Magnus ist auch in der Offensive gegen Rechts aktiv ■



Ist die FPÖ eine staatstragende Partei?

Ob unter Haider oder Kickl, das Interesse der Medien gilt den Provokationen des Parteiobmanns und nur selten der Ideologie und dem Umfeld der Freiheitlichen. Dabei ist dort die klare Antwort auf obige Frage zu finden.

Wie vor Jahrzehnten schon bei Jörg Haider konzentriert sich das mediale Interesse auf die wohl bewusst provokativen Ansagen des Parteiobmanns, nunmehr also Herbert Kickl. Damals wie heute lohnt jedoch ein Blick auf programmatische Inhalte und das politische Umfeld der FPÖ. Damit ergibt sich ein deutlicheres Bild davon, wofür diese Partei steht. Das ermöglicht ein rationales Urteil über deren Regierungsfähigkeit oder vielmehr Regierungsunfähigkeit.

Der Leitantrag des FPÖ-Parteitag vom September 2023 verweist auf die Verteidigung der „nationalen Identität“ Österreichs und auch auf das Parteiprogramm von 2011. Darin findet sich jedoch eine ausdrückliche Verortung der österreichischen Mehrheitsbevölkerung in der „deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft“. Ein Bekenntnis, das die Partei mit rechtsextremen Gruppen der Gegenwart und Vergangenheit, wie auch der 1988 behördlich aufgelösten Nationaldemokratischen Partei (NDP), teilt. Ähnliche deutschnational motivierte Gleichklänge finden sich in der Zielvorstellung eines „Europa der freien Völker und Vaterländer“ oder eines „Europa der historisch gewachsenen Völker und autochthonen Volksgruppen“.

Die oben erwähnte NDP meinte dazu, sie wünsche die „Schaffung eines Europas der Völker“. Für das deutschnationale Lager, dem sich die FPÖ programmatisch zuordnet, gewinnt diese Zielvorstellung eine besondere Bedeutung, verteilt sich die in diesen Kreisen als „Volk“ begriffene deutschsprachige Bevölkerung doch auf mehrere Staaten Europas und würde in einem so gestalteten Europa deutlich mehr an Bedeutung gewinnen. Europa wird hier auch nicht als Gemeinschaft von Staaten, sondern „Vaterländern“ begriffen - ein feiner, aber doch bemerkenswerter semantischer Unterschied.

Ablehnung alles Fremden

Diese Vorstellungen führen zur Ablehnung alles Fremden dank, wie es im Leitantrag heißt, Verteidigung „der Interessen des Eigenen“. In diesem Sinne wünscht das Parteiprogramm „eine geburtenorientierte Familienpolitik“, da Österreich nach den Vorstellungen der FPÖ „kein Einwanderungsland“ sei.

Gefährdet seien diese Vorstellungen entsprechend freiheitlicher Verschwörungserzählungen von den „Linken“, die alles löschen wollten, „Kultur, Nationalität, Religion, Geschichte, bis alle gleich sind“, und im Zuge dessen auch die „Zersetzung des traditionellen Ehe- und somit Familienbildes“ betrieben, wie es im Leitantrag 2023 heißt.

War das deutschnationale Lager trotz gemeinsamer Ursprünge seit der Hinwendung der FPÖ zu liberalen Vorstellungen, die bereits unter dem ehemaligen SS-Mann Friedrich Peter aus taktischen Gründen begonnen hatte, zutiefst gespalten gewesen, kam es mit der Wahl Haiders zum FPÖ-Obmann 1986 zu einer deutlichen Wiederannäherung. Diese führte gemeinsam mit einer Reihe weiterer Faktoren, wie dem Generationenwechsel, über die Jahrzehnte seither zu einem einerseits starken Rückgang traditioneller rechtsextremer Organisationen, andererseits zu einer Hinwendung von deren Aktivisten und Kader zur FPÖ und Übernahme von Funktionen in der nunmehr wesentlich nach rechts gerückten Partei.

Rechtsextreme Medien

Gleichzeitig ist eine ganze Reihe von Neugründungen im Bereich rechtsextremer Medien zu verzeichnen. Insbesondere die Übernahme der Obmannschaft durch Kickl im Juni 2021 wurde von diesem Spektrum freudig begrüßt. Seither kam und kommt es zu einer Intensivierung der Kooperationen sowie zu einer Verharmlosung von rechtsextremen Aktivistengruppen wie den „Identitären“. Im Lichte dieser Annäherungen und Zusammenarbeit muss wohl die FPÖ-Forderung nach Abschaffung von Gesetzen, die vorgeblich die Meinungsfreiheit einschränken, zu sehen sein - nachzulesen im „Handbuch freiheitlicher Politik“ 2013. Ob damit das NS-Verbotsgesetz gemeint war, sei dahingestellt. Jedenfalls stimmten deren Abgeordnete im Dezember 2023 im Nationalrat gegen die vorgelegte Novelle zum Verbotsgesetz, die in mehreren Bereichen Verschärfungen vorsieht.

Die FPÖ reiht sich gerne in die Reihen der Bekämpfer des Antisemitismus ein. Allerdings meint sie damit jenen aus den Reihen von Muslimen, keineswegs jedoch den traditionellen autochthonen österreichischen Antisemitismus sowie jenen in den Reihen der ihr nahestehenden Kreise deutschnationaler Burschenschaften - erwähnt sei die Liederbuchaffäre um die Burschenschaft, der der niederösterreichische Landeshauptfrau-Stellvertreter Udo Landbauer angehört - oder auch ihrer rechtsextremen Kooperationspartner, wie beispielsweise des Chefredakteurs von AUF1, der sogar gemeinsam mit dem gegenwärtigen Bundessekretär in den Räumen des FPÖ-Nationalratsklubs auftreten durfte.

Ideologie und Umfeld der FPÖ sind damit nur grob umrissen. Sie sollten aber doch berücksichtigt werden in der Beantwortung der Frage nach einer möglichen Regierungsfähigkeit dieser Partei.

Brigitte Bailer (Erstveröffentlichung in DER STANDARD 13.1.2024) ■

Totengedenken gehört zur menschlichen Kultur - Kriegsgräberfürsorge als gesetzlicher Auftrag

„Arbeit für den Frieden“ heißt der Leitspruch des Österreichischen Schwarzen Kreuzes (ÖSK). Auch in diesem Jahrzehnt sind Krieg, Gewalt und Terror nicht verschwunden, sondern bestimmen unser Leben. Der Krieg 2022 in der Ukraine ist jener Gradmesser, der uns die unmittelbaren Auswirkungen des russisch-ukrainischen Konfliktes drastisch vor Augen führt. Die Hoffnung der Menschen, dass die Gräueltaten der Kriege des vergangenen Jahrhunderts einen dauerhaften Frieden nach sich ziehen, hat sich leider nicht erfüllt.

Der Totenkult gehört von Anfang an zur menschlichen Kultur. Der Gefallenen und Kriegsoptionen zu gedenken, bildete stets einen Meilenstein zur Umsetzung für die Herrscher und Politiker. Ohne diesen Totenkult ist Geschichte bzw. deren Aufarbeitung schwer vorstellbar. Messbar wird dieser in den bestehenden Abkommen und Gesetzen zur Bewahrung und Pflege dieser Gräber in den einzelnen Verträgen und Abkommen, beginnend von St. Germain (1921), in zwei Österreichischen Bundesgesetzen (1948) und dem Staatsvertrag (1955).

Die Genfer Konvention (1949) regelt zusätzlich das dauernde Ruherecht für die Opfer aller kriegerischen Auseinandersetzungen. Deren Friedhöfe und Anlagen zu pflegen und zu erhalten ist das vorgegebene Ziel seit dem Ende des Ersten Weltkrieges. Im seinerzeitigen Friedensvertrag wurde die Republik Österreich mit der Durchführung dieser Aufgabe betraut, wobei dieser Passus sich auch in sämtlichen damals abgeschlossenen Verträgen mit den anderen Kriegsführenden findet. Aufgrund der finanziellen Notlage hat das Innenministerium hierzu den Verein „Schwarzes Kreuz“ in die Umsetzung miteinbezogen und ein Kooperationsabkommen abgeschlossen.

Das ÖSK betreut in Österreich mit seinen ehrenamtlichen Mitarbeitern an die 1.000 Soldatenfriedhöfe bzw. Gräber und Anlagen für ALLE im Bundesgebiet bestatteten Kriegsoptionen, unabhängig ihrer nationalen Zugehörigkeit und Religion. Dazu zählen auch die Gräber der in den Kriegsgefangenenlagern in Österreich verstorbenen Soldaten, ebenso wie die Anlagen der im Zuge des Zweiten Weltkrieges bei der Befreiung Österreichs 1945 gefallenen ca. 80.000 Sowjetsoldaten.

Der Blick in die Zukunft fordert auch das ÖSK. Das Aufkommen von Sammlern an den Friedhöfen zu Allerheiligen/Allerseelen aus den Bereichen Kameradschaftsbund, Bundesheer, Feuerwehr, Rotes Kreuz, Pfadfinder, Schüler und Freiwillige ist im Abnehmen. Es fehlt die unmittelbare Beziehung zur Kriegsgeneration ebenso wie der nachlassende Besuch in den Friedhöfen und oftmals die positive Meinungsbildung in den Schulen. Eine forcierte Jugendarbeit über die herkömmlichen Grenzen hinaus scheint deshalb vonnöten und wird auch bereits strukturiert wahrgenommen.

So kann durch ein gemeinsames Tragen der Verantwortung aller mit der Kriegsgräberfürsorge betrauten Institutionen und Verbänden das Totengedenken aktiv aufrechterhalten, und den Opfern durch Erinnerung ein Name und an den Gräbern ein Gesicht gegeben werden. Das funktioniert nur dann, wenn bei den durch das ÖSK initiierten Sammlungen an den Friedhöfen zu Allerheiligen/Allerseelen für die Pflege und Erhaltung der Kriegsgräber und zum Andenken an die Kriegsoptionen im In- und Ausland, gespendet wird.

Oberst i.R. Alexander Barthou, Generalsekretär ÖSK ■



ÖSK gebührenfrei, Barthou

Allerseelen am Soldatenfriedhof Marchtrenk

5 Jahre „Massiv der Namen“ in Maly Trostinec

Im März wird das „Massiv der Namen“ 5 Jahre alt. Die Initiatorin Waltraud Barton informiert über Geschichte und Bedeutung dieses Memorials in Belarus.

Die Buchstaben der annähernd 1.000 einzelnen Vornamen wirken abgebrochen, unvollständig und zerstört. So wie es das Leben jener war, die diese Vornamen trugen.

Das „Massiv der Namen“ in Maly Trostinec ist ein Memorial für nahezu 10.000 „ÖsterreicherInnen“, die 1941 und 1942 „wegen ihrer jüdischen Abstammung“ nach Belarus deportiert und dort von den Nazis und ihren Helfern ums Leben gebracht worden sind. Seine Errichtung durch die Republik Österreich ist der österreichischen Zivilgesellschaft zu verdanken, dem langjährigen Kampf des Vereins IM-MER ERINNERN, der 2016 eine entsprechende Petition im Parlament eingebracht hat, die 2017 einstimmig im Nationalrat angenommen worden ist. Wenn ich als Gründerin des Vereins an die Einweihung des „Massiv der Namen“ am 28. März 2019 denke, fällt mir Arthur Loschitz ein. Der mit 13 Jahren aus Wien deportierte und bei Ankunft des Zuges in Maly Trostinec am 9. Oktober 1942 ermordete Arthur wäre an diesem Tag 90 Jahre alt geworden.

55 Menschen auf den Deportationslisten nach Minsk und Maly Trostinec hießen Art(h)ur. Unter ihnen Arthur Bondy, Versicherungsdirektor aus Salzburg, Arthur Lichtenstein aus Graz, der von seinen 1939 aus dem Deutschen Reich ausgewiesenen Eltern in ein jüdisches Waisenhaus gegeben werden musste, DDDDr. Arthur Luka mit Doktoraten in Jus, Philosophie, Medizin und Handelswissenschaften, Arthur Neuner, der nach Jahren in Palästina 1937 mit seiner Frau wieder nach Krems zurückgekommen war, Arthur Preiss, Wiener Fußballer, der 1909 ein 1:1 gegen Ungarn erreicht hatte, Dr. Arthur Ernst Rutra, Schriftsteller und Übersetzer, Mitglied der Vaterländischen Front, Unterstützer des „Ständestaats“ und zum katholischen Glauben konvertiert, Arthur Schiffer aus dem Burgenland, dessen Sohn Siegfried sich vergeblich von England aus um Ausreisevisa für seine Eltern bemüht hatte und der kleine Arthur Tennenbaum, deportiert mit seinem 4 Jahre älteren Bruder und seiner Mutter.

Am Massiv der Namen (Entwurf Daniel Sanwald) sind nur Vornamen zu finden, denn die Nennung der vollständigen Namen (Vor- und Zunamen) war von der belarussischen Regierung nicht genehmigt worden. So gleich ihr Vorname, so unterschiedlich ihre Lebenswege, so monströs-unmenschlich grausam ihr Ende: Wir aber müssen alle Toten bei ihrem Vor- und Zunamen nennen - wie auf einem Grabstein.

Niemand wurde 90 -

Arthur Deutsch wurde nur 76, Arthur Kohnrad, Arthur Weininger 72, Arthur Liebermann 66, Arthur Konrad, Arthur Reiner, Arthur Singer, Artur Beckmann 65, Arthur Bondy, Arthur Goldner 64, Arthur Elias, Arthur Kobler, Artur Reiss 63, Artur Brunner, Arthur Klempner, Arthur Kraus, Arthur Platzek, Arthur Stroh 62, Arthur Kaufmann, Arthur Schön 61, Arthur Friedmann, Arthur Sommer 60, DDDDr. Arthur Luka, Arthur Ornstein, Arthur Pick, Arthur Wagenberg 59, Arthur Schotten 58, Arthur Lederer, Arthur Prinz 57, Arthur Grün, Arthur Kramer, Arthur Preiss 54, Arthur Hlawatsch 53, Arthur Weiss 51, Arthur Kohn, Dr. Arthur Ernst Rutra, Arthur Rösler 50, Arthur Korsower, Arthur Schiffer 49, Arthur Holdengraber, Arthur Wolf 48, Arthur Schwarz 46, Arthur Landes 45, Arthur Neuner 44, Arthur Herszkowicz, Arthur Rosenberg 43, Artur Stern 41, Arthur Apter 37, Arthur Kohn, Arthur Wohl 33, Arthur Szrager 19, Arthur Lichtenstein 17, Arthur Loschitz 13, Arthur Sobelmann 12 und Arthur Tennenbaum nur 9 Jahre alt.



Einweihung des „Massiv der Namen“ am 28. März 2019

Die Totensorge ist Aufgabe der Nachgeborenen, ist unsere Pflicht: Wir müssen „unsere“ Toten „bestatten“, sei es auch nur symbolisch. Damit sie nicht über ihren Tod hinaus Ausgeschlossene bleiben. Denn die Toten zu begraben, ihnen die letzte Ehre zu erweisen, heißt „Ihr habt zu uns gehört“. Ist Zeichen, dass sie ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft waren. Erst dann können Denkmäler gebaut oder Mahnmale errichtet werden.

Für die nach Minsk und Maly Trostinec Deportierten hat der Verein IM-MER ERINNERN mittlerweile 600 gelbe Namensschilder angebracht - mit Vor- und Zunamen, Geburts- und Deportationsdatum - im Wäldchen Blagowschtschina, dort wo sie ermordet worden sind. Der Österreichische Wald der Erinnerung wächst und wächst. Für Arthur Loschitz wurde am 28. März 2019 an seinem 90. Geburtstag ein Namensschild aufgehängt. Für die 54 anderen mit dem Vornamen Arthur werden wir das bei unserer nächsten Reise machen. Wer kommt mit, wenn es die politische Situation zulässt?

Web-Tipp: www.im-mer.at/



„Deutschlands größtes Schwefelbad“

Das Buch „Baden bei Wien unter dem Hakenkreuz: „Deutschlands größtes Schwefelbad““ von Dominik Zgierski ist ein elementarer Beitrag zur Aufarbeitung der österreichischen Zeitgeschichte. Als Historiker und Mitarbeiter des Badener Stadtarchivs widmet sich Zgierski in seinem Werk ausführlich den Geschehnissen in der drittgrößten jüdischen Gemeinde Österreichs am Beginn der NS-Zeit, präsentiert auf knapp 1.000 Seiten in 32 Kapiteln. Das im Herbst 2023 im Böhlau Verlag erschienene Werk trägt dazu bei, die Ereignisse in Baden während dieser dunklen Periode besser zu verstehen und zu dokumentieren.

Die Stadtgemeinde Baden erlebte trotz der Bekanntheit als Tourismusgemeinde mit Wein, Thermen und kulturellen Veranstaltungen vor dem Anschluss 1938 eine finanziell schwierige Phase. Die drittgrößte jüdische Gemeinde Österreichs nach Wien und Graz wurde jedoch im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung nahezu vernichtet. Die Synagoge in der Grabengasse wurde abgerissen, jüdische Familien vertrieben, ihr Besitz geraubt. Das Buch verdeutlicht, wie die neuen Machthaber die jüdische Bevölkerung schikanierten und wie einige Bewohner von den Umwälzungen profitierten, während die Mehrheit enttäuscht wurde. Die Leiden der Bevölkerung in den Jahren nach der Machtübernahme werden ebenso eindringlich geschildert.

Persönlich betrachte ich das Buch als bedeutenden Beitrag zur Aufarbeitung der NS-Geschichte. Es illustriert eindrücklich, wie die Gesellschaft unter dem nationalsozialistischen

Regime transformierte und welche verheerenden Konsequenzen dies nach sich zog. Durch die fokussierte Darstellung der Ereignisse in Baden ermöglicht Zgierski einen neuen, regionalen Blickwinkel auf diese Zeit. Das im Buch festgehaltene Zitat des Psychoanalytikers Arno Grün unterstreicht die im Werk dargestellten psychologischen Aspekte der konzentrierten Macht und Kontrolle.

„Das allen Führern ihre Macht verleiht, ist nicht so sehr die Tatsache, dass sie uns ein besseres Leben versprechen, sondern vor allem, dass sie uns von dem inneren Kampf befreien, von dem Widerspruch zwischen Liebe und Hass. Sie liefern uns Feinde, die wir töten und uns dafür noch lieben können.“ (Arno Grün)

Insgesamt ist „Baden bei Wien unter dem Hakenkreuz“ ein eindrucksvolles Werk, das nicht nur historisch interessant ist, sondern auch einen tieferen Einblick in die menschlichen Dimensionen der NS-Zeit bietet. Die detaillierte Aufarbeitung aus regionaler Perspektive ist besonderes nennenswert, da dies eine zusätzliche Sichtweise auf dieses dunkle Kapitel der Zeitgeschichte ermöglicht. Ebenso trägt das Buch dazu bei, ein wichtiges Kapitel der Geschichte nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Aufgrund seines informativen und zugleich berührenden Charakters empfehle ich dieses Buch allen, die an einer umfassenden und lokalbezogenen Betrachtung der NS-Zeit interessiert sind. „Deutschlands größtes Schwefelbad“ bietet eine lehrreiche und erschütternde Lektüre, die zum Nachdenken anregt und die historische Erinnerung wachhält.

David Majcen ■



Dominik Zgierski: Baden bei Wien unter dem Hakenkreuz: „Deutschlands größtes Schwefelbad“, Böhlau, Wien, 2023, ISBN 978-3-205-21785-5, 984 Seiten, € 60,00

Der Weg durch den Februar

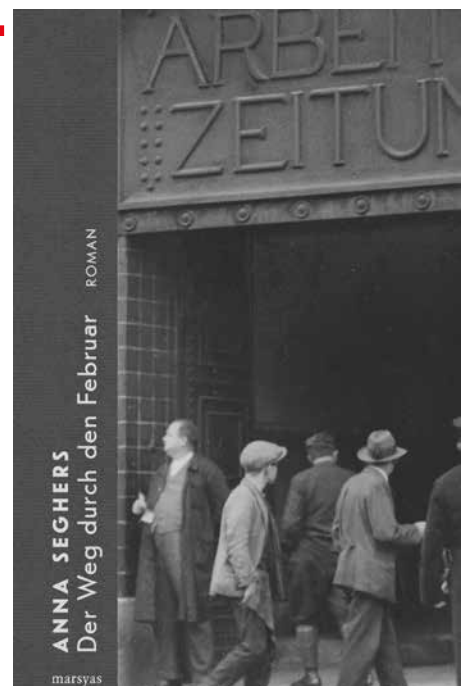
Die deutsche Kommunistin Anna Seghers war bereits ein Jahr lang Emigrantin im Pariser Exil, als sich im Februar 1934 die österreichischen ArbeiterInnen gegen das Dollfuß-Regime erhoben. Zehn Wochen nach der Niederschlagung des Februar-Aufstands machte sie sich in der Steiermark und in Wien auf die Suche nach Spuren des Aufstands. 1935 erschien „Der Weg durch den Februar“ im Pariser Exilverlag von Willi Münzenberg „Editions du Carrefour“, es war ihr dritter Roman.

Seghers schrieb: „In diesem Buch sind die österreichischen Ereignisse in Romanform gestaltet. Manche Vorgänge sind verdichtet worden; man suche nicht nach den Namen der Personen und Straßen. Doch unverändert dargestellt sind die Handlungen der Menschen, in denen sich ihr Wesen und das Gesetz der Ereignisse gezeigt hat.“

Das Buch ist gut lesbar und für eine kommunistische Autorin weit weniger ablehnend ge-

genüber der Sozialdemokratie als erwartbar, schließlich galt damals noch die verhängnisvolle „Sozialfaschismusthese“. Anna Seghers zollt den Schutzbündlern den verdienten Respekt. Dem marsyas-Verlag gebührt Dank, diesen Roman aus Anlass des 90. Jahrestages des Februar 1934 neu aufgelegt zu haben. Und wenn man „Der Weg durch den Februar“ gelesen hat, lohnt der Griff zu Anna Seghers berühmtestem Werk „Das siebte Kreuz“ aus 1942.

Gerald Netzl ■



Anna Seghers: Der Weg durch den Februar, marsyas, Wien, 2023, ISBN 978-3-90346-907-5, 280 Seiten, € 28,00



Wilhelmine Goldmann: „Rote Banditen“. Geschichte einer sozialdemokratischen Familie, Pro-media, Wien, 2023, ISBN 978-3-85371-523-9, 240 Seiten, € 25,00

„Rote Banditen“

Die 1948 geborene Wilhelmine Goldmann gehört zur Generation die erst spät angefangen hat, Fragen zu stellen. Die Geschichte ihrer Familie, vor allem die folgenschweren Auswirkungen des 12. Februar 1934, war ihr lange nicht bewusst. Es bedurfte mühsamer Recherchearbeit, um sie an die Oberfläche zu holen. Das Ergebnis ist eine über das Private hinausgehende Erzählung einer österreichischen ArbeiterInnengeschichte. Am Beispiel ihrer Eltern macht Wilhelmine Goldmann den Aufstieg der ArbeiterInnenklasse aus tiefem Elend zu Bildung und Wohlstand sichtbar. Ausgangspunkt ist der (politisch betrachtet) tief rote Industrieort Traisen im südlichen Niederösterreich.

Den Eltern der Autorin war trotz Schulerfolgen eine höhere Bildung verschlossen. Immerhin konnte der Vater eine Lehre als Schriftsetzer abschließen, die Mutter erkämpfte sich einen Platz in der Handelsschule. Schon in ihrer Jugend begannen beide, sich politisch zu engagieren. Als überzeugte SozialdemokratInnen kämpften sie für Gerechtigkeit und Bildung und verteidigten im Schicksalsjahr 1934 die demokratische Republik gegen die Dollfuß-Diktatur, ihr Vater Franz Lettner als örtlicher Schutzbund-Kommandant. Im Austrofaschismus war Lettner Landesleiter der Revolutionären Sozialisten in Niederösterreich. In der NS-Zeit stellte er, weil unter Beobachtung stehend, die Aktivitäten ein, um sein Leben nicht zu gefährden. Nach elf Jahren Faschismus nahm er 1945 seine politische Tätigkeit wieder auf und wurde 1961 zum Bürgermeister von Traisen gewählt.

Die schmerzliche Erfahrung des Jahres 1934 hat nicht nur das Leben seiner Generation geprägt, sie ist - nach Meinung der Autorin - bis heute Konfliktstoff in der österreichischen Innenpolitik. Den Hass vieler „Bürgerlicher“ auf die „Sozis“ - daher der provozierende / irritierende Buchtitel - hat die Autorin auch in ihrem Berufsleben als Managerin verspürt und sich gefragt: Wo kommt er her? Die Darstellung ihrer Familiengeschichte ist der Versuch einer historischen Klärung.

Das Buch ist ein echter „Page-Turner“, etwa wegen der Schilderung des harten Lebens der besitzlosen Klasse in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Besonders berührend ist die Erzählung der letzten Nacht von Viktor Rauchenberger, mit dem Franz Lettner inhaftiert war. Rauchenberger und Johann Hois wurden am 16. Februar 1934 in St. Pölten standrechtlich hingerichtet. Wermutstropfen sind mehrere Fehler, die wohl dem Lektorat geschuldet sind: „Acht-Stunden-Woche“ (statt Acht-Stunden-Tag, S. 20), „Max“ Reumann (statt Jakob, S. 54), „Koalitionsregierung von ÖVP und SPÖ 1945“ (statt Konzentrationsregierung, der auch die KPÖ angehörte), „Privatisierungskommission“ (statt Sozialisierungskommission, S. 178), Bruno Kreisky 1968 zum SPÖ-Vorsitzenden gewählt (korrekt ist 1967, S. 226), „Peperl“ Weikhart (statt Eduard, Fußnote 122 S. 235). Das Buch ist trotzdem eine starke Leseempfehlung.

Gerald Netzl ■

Weg der Qualen

Am 13. Juli 1944 wurden Häftlinge aus Budapest über Wien in das KZ Mauthausen deportiert. Einer von ihnen war der Sozialist und Redakteur der sozialdemokratischen Tageszeitung Népszava (Volksstimme) Sándor Millok. Millok war als bekennender Antifaschist bereits einige Tage nach der Besetzung Ungarns durch das deutsche Militär am 19. März 1944 festgenommen worden. Gezeichnet von einer beinahe viermonatigen Gefängnishaft wurde Millok am 14. Juli 1944 ins Konzentrationslager Mauthausen eingeliefert. Körperlich stark mitgenommen erlebte er die Befreiung des Lagers. Der 57-jährige hatte das Glück vergleichsweise leichter Haftbedingungen und nicht der Vernichtung durch Arbeit ausgesetzt gewesen zu sein. Trotzdem: Fortdauernder Hunger und die Angst, doch noch den im Lager grassierenden Krankheiten zu erliegen, bestimmten seinen „Weg der Qualen“ bis zur ersehnten Heimkehr.

Sándor Millok verfasste seine Erinnerungen kurz nach Kriegsende. Noch im Jahr 1945 wurden sie in Budapest als sogenannter Erlebnisroman erstveröffentlicht. Das (heutige) Nachwort der Historikerin Regina Fritz kontextualisiert Milloks literarische Verarbeitung seiner Lagererfahrung und bietet einen Einblick in seine Biografie genauso wie in die ungarische Innen- und Außenpolitik der 1940er Jahre - es sollte unbedingt gelesen werden. Interessant ist Milloks Beschreibung der ersten Tage und Wochen nach der Befreiung des KZ durch die US-Armee am 5. Mai 1945. Und: Endlich einmal biografische Erinnerungen eines Sozialdemokraten und nicht eines Kommunisten! Wobei Genosse Millok Gegner des 1948 erfolgten Zusammenschlusses von Sozialdemokratischer und Kommunistischer Partei zur „Partei der ungarischen Werktätigen“ (MDP) war. Er wurde aus der Partei ausgeschlossen, war dann als Nachtwächter tätig, und starb 72-jährig in Sopron.

Gerald Netzl ■



Sándor Millok

Weg der Qualen

Von Budapest bis Mauthausen

Mauthausen-Erinnerungen | 8

new academic press

Sándor Millok: Weg der Qualen - Von Budapest nach Mauthausen (Band 8 der Schriftenreihe Mauthausen-Erinnerungen), new academic press, Wien, 2023, ISBN 978-3-7003-2313-6, 228 Seiten, € 25,00

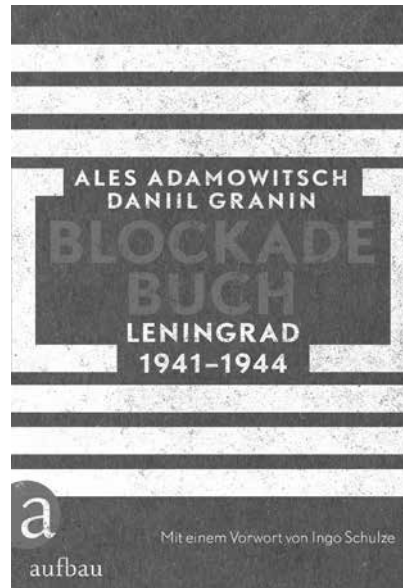


Hunger als Waffe

Die Geschichte des Zweiten Weltkriegs ist eine Geschichte deutscher Kriegsverbrechen. Dazu zählte das bewusste (Ver-)Hungern lassen der Zivilbevölkerung erobelter oder eingeschlossener feindlicher Territorien. Vor achtzig Jahren, am 27. Jänner 1944 endete die 872 Tage dauernde Blockade Leningrads (seit 1991 wieder Sankt Petersburg), der 1 Million EinwohnerInnen zum Opfer fielen.

Am 22. Juni 1941 überfiel die deutsche Wehrmacht die Sowjetunion. Nur zweieinhalb Monate später schloss sich der Ring um die russische Ostseemetropole. Anfang Oktober verzichteten die Deutschen zugunsten des Angriffes auf Moskau auf den weiteren Angriff auf die Stadt. Man entschloss sich, Leningrad auszuhungern. Mangelserscheinungen, Seuchen und Krankheiten bestimmten ab da den Alltag der eingeschlossenen Bevölkerung und Soldaten. 450 Gramm Brot täglich erhielt ein Arbeiter zu Beginn der Blockade für seine Lebensmittelkarte, zwei Monate später nur noch die Hälfte. Katzen, Hunde und Ratten dienten ebenso als Nahrung wie Rinden oder essbares Sägemehl. Zu den Entbehrungen kamen in den Wintermonaten eisige Temperaturen von minus 40 Grad. Die Leichen der Erfrorenen, an Hunger und Erschöpfung Gestorbenen oder an der Front Gefallenen türmten sich in den Straßen. Erst mit Beginn des Tauwetters konnten sie in Massengräbern bestattet werden. Der starke Frost ermöglichte im Winter die notdürftige Versorgung der Stadt über die Eisflächen des zugefrorenen Ladoga-Sees über die sog. „Straße des Lebens“. Gleichzeitig konnten auf diesem Weg Hunderttausende Menschen aus der Stadt evakuiert werden. Die Befreiung Leningrads erfolgte durch die Winteroffensive der Roten Armee 1943/44.

Das 1981 in der Sowjetunion erschienene „Blockadebuch“ von Ales Adamowitsch und Daniil Granin (damals noch mit politisch bedingten Kürzungen / Streichungen unliebsamer Stellen) ist eine ergreifende Doku-



Ales Adamowitsch,
Daniil Granin:
Blockadebuch, Aufbau,
Berlin, 2018, ISBN 978-
3-351-03735-2, 703 Sei-
ten, € 36,00

mentation des kaum in Worte zu fassenden Irrsinns. Die beiden Autoren wollten kein neues Heldenepos erstellen, sondern dokumentieren, wie es den Menschen ergangen war, die damals in der Stadt eingeschlossen waren, unter Hunger, Kälte und Beschuss litten und viele ihrer Angehörigen und FreundInnen verloren. Heute liegt eine vollständige Ausgabe mit 703 Seiten vor, die die in den 1970er Jahren geführten Interviews sowie die gefundenen Tagebücher (auch von Kindern!) und Briefe aus den Blockadejahren ohne Zensurstriche wiedergibt. Die Lektüre ist in gleichem Maß emotional belastend wie fesselnd.

Gerald Netzl ■

Wir gratulieren: Jänner bis März 2024

101: Wachold Kurt, Wien, **98:** Male Maria, Ferlach; Schmitt Rosina, Linz; Lirsch Elfriede, Schwarza am Steinfelde; Sasso Katharina, Winzendorf, **94:** Weichenberger Josef, Salzburg; Kromer Herta; Rabenseifner Johann, Wien, **93:** Schöggel Friedrich, St. Pölten; Sablik Erich, Steyr; Gorski Kurt, Wien
92: Blahusch Johann, Heidenreichstein; Pichelmann Hedwig, Schmid Rudolf, Wien, **91:** Buchberger Elisabeth, Salzburg; Tschugg Klara, St.Johann/Tirol; Doblinger Walter, Franzin Verita, Obendorfer Hans, Wien, **90:** Posch Josef, Neudörfel; Braun Helmut, Ploderer Ingeborg, Wien, **85:** Schmidt Josef, Bernstein; Piribauer Franz, Göllersdorf; Ehrenhuber Ingrid, Graz; Grillenberger Johann, Großhöflein; Beck Irene, Markt Piesting; Haager Heinz, Mödling; Andel Willi, Fanizadeh Alireza, Göttlicher Helmut, Ipser Gerhardt, Lehner Adolf, Milak Hildegard, Pavlovsky Wilhelm, Schuster Walter, Streicher Rudolf, Trimmel Erich, Weissensteiner Josef, Wien; Reiter Adolf, Wr. Neustadt, **80:** Trumler Christa, Baden; Wolfsgruber Gernot, Graz; Ludwan Alois, Königstetten; Mader Peter, Neusiedl am Steinfeld; Schindlauer Rupert, Salzburg; Riederer Franz, St. Pölten; Huss Helmut, Wölbling; Söser Emil, Wolfsegg; Daniel Erwin, Hajek Klaus, Herzog Franz, Knapp Ilan, Machaczek Franz, Müller Jana, Nagl Heinrich, Oberleitner Franz, Polak Liselotte, Proschinger Norbert, Wenty Ditmar, Winter Franz, Wien, **75:** Fibi Sylvia, Bad Deutsch Altenburg; Wiesinger Udo, Bad Hall; Posset Gerhard, Bad Vöslau; Schwarz Franz, Frankenburg am Hausruck; Blank Johann, Hochwolkersdorf; Pöschl Walter, Köflach; Eixelsberger Kurt, Mautern/Steiermark; Jäger Ingeborg, Puppung; Siebenhüner Siegfried, Reutte; Palkovich Johann, Schwarzenau; Peschetz Alma, Schwechat; Schmutz Josef, St. Pölten; Schuster, Aloisia, Ternitz; Buttinger Raimund, Wels; Koller Peter, Kuchynka Anton, Lehmann Hermes, Modritzky Herbert, Patočka Robert, Sichtar John Ellis, Stoff Hannelore, Todt Reinhard, Trost Karl, Wertheim Richard-Maria, Wien



90 Jahre Februar 1934

Wir freuen uns, dass die Reproduktion des „Sozialistischen Kämpfers“ aus dem Jahr 1964, die rechtzeitig Anfang Februar bei unseren Mitgliedern war, so gut angekommen ist. Wir haben von dieser Zeitung 1.000 Stück zusätzlich gedruckt, die für noch-nicht Mitglieder unseres Bundes, für Schülerinnen und Schüler, historisch Interessierte etc. gedacht sind. Diese Exemplare gibt es bei den Landesverbänden und im Bundessekretariat so lange der Vorrat reicht.

Anlässlich 100 Jahre Republikanischer Schutzbund und 90 Jahre Februar 1934 haben wir 1.000 Anstecker mit dem Emblem des Republikanischen Schutzbundes in Originalgröße herstellen lassen und diese bei den Februarfeiern und danach verteilt. Wir freuen uns, dass dieses wertvolle Erinnerungsstück an unsere Vorkämpferinnen und Vorkämpfer so gut angekommen ist!

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ingrid Antes, Werner Anzenberger, Brigitte Bailer, Alexander Barthou, Waltraud Barton, Klaus Bergmaier, Brigitte Drizhal, Franz Gehringer, Helene Kaltenböck, Edith Krisch, Axel Magnus, David Majcen, Gerald Netzl, Robert Obermair, Sonja Pahr, Sabine Schatz, Günther Sidl, Gabi Tremmel-Yakali.

Grafische Gestaltung: Wien Work – Digital Media

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23. Februar 2024

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at.

Fotos: Redaktion FreiheitskämpferInnen

Lektorat: Klaus Bergmaier

Hersteller: Wien Work - Digital Media, 1220 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

Zlnr.: GZ 02Z033355M

Österreichische Post AG
MZ GZ02Z033355M